

Robert Kurz
Weltordnungskrieg

Robert Kurz

Weltordnungskrieg

Das Ende der Souveränität und die Wandlungen
des Imperialismus im Zeitalter der Globalisierung

Herausgegeben von Roswitha Scholz

Mit einem Nachwort zur Wiederauflage von Herbert Böttcher

zu**Kl**ampen! 

Erweiterte Wiederauflage

© der Originalausgabe 2003 Horlemann Verlag · Bad Honnef
2021 zu Klampen Verlag · Röse 21 · 31832 Springe · www.zuklampen.de

Umschlaggestaltung: Groothuis. Gesellschaft der Ideen
und Passionen mbH · Hamburg

Druck: BoD – Books on Demand GmbH · Norderstedt

ISBN Printausgabe: 978-3-86674-637-4

ISBN E-Book-Pdf: 978-3-86674-859-0

ISBN E-Book-Epub: 978-3-86674-898-9

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im
Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

*Den namenlosen Opfern
der demokratischen
Bombergemeinschaft und
des ökonomischen Terrors*

Inhaltsverzeichnis

EINLEITUNG

**Die Krise des Weltsystems
und die neue Begriffslosigkeit 11**

DIE METAMORPHOSEN

DES IMPERIALISMUS 15

Pax Americana: Der Kampf um die kapitalistische Weltherrschaft ist entschieden 16 • Die letzte Weltmacht an der historischen Systemgrenze 23 • Vom territorialen Nationalimperialismus zum „ideellen Gesamtimperialismus“ 26 • Vom nationalen „Gutmenschen“-Pazifismus zum globalen Interventions-Bellizismus 33 • Die NATO als supranationale Verlängerung des „ideellen Gesamtimperialisten“ 36

DIE REALEN GESPENSTER DER WELTKRISE 45

Krisenpotentat und neue Bürgerkriege 46 • Die globale Plünderungsökonomie 48 • Risikogesellschaft, Sachzwang und Gewaltverhältnisse 54 • Die Logik der Abspaltung und die Krise des Geschlechterverhältnisses 56 • Die Kälte gegen das eigene Selbst 59 • Die Ökonomie der Selbstzerstörung: Globalisierung und „Ausbeutungsunfähigkeit“ des Kapitals 63 • Die Metaphysik der Moderne und der Todestrieb des entgrenzten Subjekts 68

DIE POSTMODERNE WELTPOLIZEI 75

Neue Militärdoktrin und neue Kriegsökonomie 75 • Der „Kampf der Kulturen“ als Kriegsideologie 81 • Ideologie und Logik der Menschenrechte 85 • Von der politischen Ökonomie zum postmodernen Kulturalismus 89 • Sicherheitsimperialismus 103 • Öl- und Gasimperialismus: die Sicherung der strategischen Rohstoffreserven 110

**DER NAHE OSTEN UND DAS
ANTISEMITISCHE SYNDROM 114**

Kapitalistische Verbrennungsreligion und Ölregimes 114 • Der Antiimperialismus und die antisemitische Krisenideologie 118 • Der Staat Israel und sein paradoxer weltkapitalistischer Status 126 • Das Ende der „nationalen Befreiungsbewegungen“ und der Spuk der palästinensischen Staatsgründung 129 • Israel als „Alien“ der kapitalistischen Welt und der arabische Neo-Antisemitismus 133 • Vom Zionismus zur Herrschaft der Ultras: Die innere Krise der israelischen Gesellschaft 136

DIE IMPERIALE APARTHEID 156

Eine Welt voller Flüchtlinge 157 • Ausgrenzungsimperialismus: Mauer und Todesstreifen nach freiheitlicher Art 160 • Die Illusion vom „Wiederaufbau“ 172 • Die Phantom-Ökonomie des humanitär-industriellen Komplexes 178 • Sexuelle Gewalt- und Elendsökonomie 180 • Vom Pufferstaat zum Ethno-Zoo 183

DIE GEMEINSAMKEIT DER DEMOKRATEN 190

Inländische Ausländer als Humanressourcen 190 • Innere Menschenjagd und Abschiebungsterror 193 • Das demokratische KZ 203 • Zonen des Rassismus 208 • Der demokratische Mob in Aktion 213 • USA: Rassistische Basisidentität und Intergetto-Bürgerkrieg 217 • Synthetische Identitäten und Neo-Rechtsradikalismus 222 • Die Nützlichen und die Unnützen 225 • Die Globalisierung der „Anständigen“ 231

DAS IMPERIUM UND SEINE THEORETIKER 240

Das Reich und die neuen Barbaren (Jean Christophe Rufin) 240 • Empire – die Krisenwelt als Disneyland der „Multitude“ (Michael Hardt/Antonio Negri) 255

DAS ENDE DER SOUVERÄNITÄT 272

Al Kaida: eine neue Qualität der postpolitischen Gewalt 273 • Zweierlei Menschenopfer. Zur Theologie der demokratischen Empörung 277 • Nationale Selbstverteidigung als logische Unmöglichkeit 280 • Die totalitäre Macht der Moderne: der Begriff der Souveränität 282 • Politisch-militärische Deterritorialisierung 285 • Alle gegen alle: die anomische Transformation 287 • Der Zusammenbruch des Völkerrechts 294 • Das Bündnis mit den postsouveränen Mächten 297 • Die Privatisierung des Gewaltmonopols 301 • Der moralische Verschleiß der Institutionen und die Korrumpierung des demokratischen Nomos 303 • Das Ende der Souveränität und die juristische Illusion 305 • Kapitalismus geht nicht ohne Souveränität 314

DER GLOBALE AUSNAHMEZUSTAND 320

Das demokratische Feme-Tribunal 320 • Das Ende der modernen Rechtsform und die Ideologie der „Legitimität“ 324 • Demokratische Kriegsverbrechen und demokratische Entrechtlichung 327 • Anomischer Sicherheitsimperialismus nach innen 331 • McCarthy lässt grüßen: die demokratische Hexenjagd 333 • Kann denn Folter Sünde sein? 336 • Die Logik des Ausnahmezustands 337 • Zur Geschichte des Ausnahmezustands 340 • Der permanente Ausnahmezustand 343 • Das nackte Leben und der gebrochene Wille: Der Ausnahmezustand als verborgener Nomos der Moderne 345 • Die Schreckenshäuser der Betriebswirtschaft: Ka-

pitalismus als geronnener Ausnahmezustand 351 • Die Verflüssi-
gung des Ausnahmezustands als Verflüssigung der Souveränität
356 • Ausbürgernde Einbürgerung und Elendsbürgerlichkeit 358 •
Juden und andere „Überflüssige“: die Struktur der einschließen-
den Ausschließung 360

DER ANACHRONISTISCHE ZUG 363

Vulgärmaterialismus und Irrationalität des Systems 365 • Immer
wieder Erster Weltkrieg 369 • Historische Geisterfahrer der Neu-
en Linken 373 • Die radikale Linke als Epochenschläfer 376 •
Vom Ölfieber zum Seelenkoller 383 • Deutschland als Welt-
macht-Phantom 386 • Immer wieder Zweiter Weltkrieg 389 • Das
große Hitler-Spiel 392 • Eine Verschwörungstheorie für intellek-
tuell Arme 400 • Die Globalisierung der „deutschen Ideologie“
404 • Nach dem 11. September: das letzte Stadium des anachro-
nistischen Denkens 406

VOM WELTORDNUNGSKRIEG ZUM ATOMAREN AMOKLAUF? 413

Die Rückkehr zum Paradigma der „Schurkenstaaten“ 414 • Die
Krise der Finanzmärkte und der „Traum vom Öldorado“ 419 •
Der atomare Todestrieb der Macht 425 • Für eine Renaissance ra-
dikaler Gesellschaftskritik 434

NACHWORT ZUR NEUAUFLAGE 440

von Herbert Böttcher

LITERATUR 451

Über den Autor 457

EINLEITUNG

Die Krise des Weltsystems und die neue Begriffslosigkeit

Soweit in einer Zeit, in der das herrschende System keiner Legitimation mehr zu bedürfen scheint, überhaupt noch reflexiv gedacht wird, wirkt dieses Denken merkwürdig anachronistisch. Das gilt nicht nur für den aktuellen Inhalt, sondern auch für die Kategorien selbst, in denen dieser Inhalt sich darstellt. Wie es in wachsendem Umfang neue und schreiende soziale Gegensätze gibt, die sich aber nicht mehr mit eindeutigen soziologischen Modellen oder Klassenbegriffen erklären lassen, ebenso sind neue globale Wirtschaftskonflikte, Kulturkämpfe und Kriege zu beobachten, die nicht mehr in den bisherigen Begriffen der Wirtschafts-, Innen- und Außenpolitik beschrieben werden können. Zwar nimmt die seit Anfang der 90er Jahre (ungefähr zeitgleich mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion) geführte sogenannte Globalisierungsdebatte eine ganze Reihe neuer Phänomene wahr, die jedoch durch das alte kategoriale Raster gefiltert werden, weil kein anderes begriffliches Bezugssystem zur Verfügung steht. So stellt man einerseits einen Bedeutungsverlust der Politik und einen Souveränitätsschwund der Staaten fest, drückt diese empirischen Erscheinungen andererseits gleichwohl immer noch in herkömmlichen Begriffen der Politik und der staatlichen Beziehungen aus.

Damit hängt zusammen, dass eine Orientierung, soweit sie überhaupt noch versucht wird, vornehmlich rückwärtsgewandt ist, nämlich als Hoffnung auf und Konzeptheckerie für irgendeine „Wiedergewinnung des Politischen“; und auch deswegen erweist sich die Sichtweise des Neuen als phänomenologisch beschränkt, während der Begriffsapparat der alte bleibt und krampfhaft festgehalten wird. Das zeigt sich nicht zuletzt auf der Ebene der internationalen oder zwischenstaatlichen Verhältnisse, wenn ebenso vollmundig wie unangemessen von einer „Weltinnenpolitik“ die Rede ist. Diese besonders in grün-sozialdemokratischen Kreisen beliebte und besinnungs-

los heruntergebetete Phrase beweist ganz unmittelbar, dass hier eine bloße Projektion alter bürgerlicher Begriffe auf eine unverstandene neue Entwicklung stattfindet.

Dabei drängt sich die Parallele zur Debatte um die Krise der Arbeitsgesellschaft auf. Auch in dieser Hinsicht wird ständig das Neue der Erscheinungen betont, während die Arbeitskategorie selber als stummes A priori geradezu tabuisiert bleibt und sämtliche Konzepte oder gar Heilsbotschaften auf die Erhaltung dieser Kategorie in irgendeiner Form und nahezu um jeden Preis hinauslaufen. Die Analogie in der Vorgehensweise verweist auf den inneren Zusammenhang der beiden Komplexe: Die Krise der Weltarbeit und die Krise der Weltpolitik stellen nur verschiedene Aspekte ein und desselben weltgesellschaftlichen Prozesses dar.

Solange der Kalte Krieg als Systemkonflikt zwischen zwei ungleichzeitigen Erscheinungsformen bzw. Entwicklungsstufen des modernen warenproduzierenden Systems tobte, überlagerte er ein tiefer liegendes Problem, das auf diese Weise verborgen blieb. Unter der Oberfläche des Kalten Krieges bildete sich eine globale prozessierende Krisenstruktur aus, die mit dem Zusammenbruch des Staatskapitalismus schlagartig ans Licht trat, jedoch unter dem Eindruck der Nachkriegsgeschichte nur ideologisch verzerrt wahrgenommen werden konnte.

Was als „Sieg“ des westlichen Kapitalismus erschien, entpuppte sich im Verlauf der 90er Jahre als irreversibler sozialökonomischer Zusammenbruch zunächst von großen Teilen der Peripherie des Weltmarkts. Im Zentrum dieses Krisenprozesses steht das Abschmelzen der realen (real Wert bildenden) kapitalistischen Arbeitssubstanz durch die dritte industrielle Revolution, die zunehmende „Ausbeutungsunfähigkeit“ des Kapitals aufgrund seiner eigenen technologischen Produktivitätsstandards und damit die Entsubstantialisierung des Geldes (Entkoppelung der Finanzmärkte von der Realökonomie). Diese innere Logik der Krise wirkt sich jedoch nicht nur als Strukturbruch auf der Ebene der Weltmarktbeziehungen aus (Globalisierung des Kapitals), sondern auch als Strukturbruch auf der Ebene des weltpolitischen Systems (Ende der Souveränität und des Völkerrechts).

Was unter dem Rubrum der Globalisierung als weltumspannender positiver und zukunfts mächtiger Wandel verkauft wird, lässt sich in dieser Hinsicht längst als Zersetzungsprozess der herrschenden Produktions- und Lebensweise dechiffrieren, die in einen schrumpfenden globalen Minderheitskapitalismus einerseits und dessen Barbarisierungsprodukte andererseits zerfällt. Dabei kann der dem Kapitalverhältnis immanente strukturelle Widerspruch von Staat und Markt bzw. von Politik und Ökonomie sowohl auf der Ebene der Nationalstaaten als auch auf der Ebene des Weltsystems nicht mehr ausgehalten werden. Was sich innenpolitisch als Austrocknungsprozess der staatlichen Souveränität darstellt, erscheint außenpolitisch als Verfall der internationalen Beziehungen.

Auf beiden Ebenen gerät die Vermittlung des Widerspruchs ins Schwimmen. Zwar bestehen die Nationalstaaten als formale Hüllen und als (zunehmend repressiv in der

Krisenverwaltung agierende) Apparate weiter, aber ihrer kohärenten nationalökonomischen Grundlagen beraubt. Umgekehrt wachsen die transnationalen Kapitale und ihre Märkte zwar über das bisherige nationale und internationale Bezugssystem hinaus, zerstören aber gerade dadurch zunehmend ihre eigenen Rahmenbedingungen. So entstehen unkontrollierte und unkontrollierbare Verlaufsformen, in denen die unheilbaren Selbstwidersprüche des Weltkapitals kulminieren.

Es ist nicht nur eine allgemeine Denkfaulheit, die es verhindert, dass eine den neuen Phänomenen entsprechende neue Begrifflichkeit entwickelt wird. Denn es handelt sich bei den in Frage stehenden Begriffen von Nationalökonomie, Nationalstaat, nationaler Innen- und Außenpolitik bzw. einer darauf beruhenden nationalen Interessen- und „Einfluss“-Politik (Imperialismus) nicht um Ausdrücke einer bestimmten vorübergehenden Entwicklungsstufe, sondern ähnlich wie beim Begriff der Arbeit um Grundkategorien des modernen Gesellschaftssystems selbst, und zwar in allen seinen Variationen. Die neuen Phänomene sind Krisenphänomene neuen Typs, weil sie in keinen höheren Aggregatzustand der bürgerlichen, über die Warenproduktion vermittelten Vergesellschaftung mehr führen, sondern deren eigene kategoriale Krise bilden.

Deshalb kann die Entwicklung auch nicht mehr vom Standpunkt der bestehenden Weltordnung aus bestimmt werden, sondern nur unter dem Gesichtspunkt von deren Selbstzerstörung. Genauer gesagt: Es gibt gar keine positive, tragfähige „Entwicklung“ auf diesem gesellschaftlichen Boden mehr. Das bedeutet, dass in die Analyse zusammen mit dem Verfall der zugrunde liegenden gesellschaftlichen Beziehungen auch der Zerfall der Begriffe mit eingehen muss, in denen diese Ordnung sich darstellt. Und in diesem Sinne sind nicht nur die Begriffe des ökonomischen, sondern auch die Begriffe des politischen Weltsystems obsolet.

Die verheerenden Terroranschläge gegen die USA am 11. September 2001 haben buchstäblich blitzartig deutlich gemacht, was längst vorher absehbar gewesen ist: Die weltumspannende gesellschaftliche Vernetzung nicht über bewusste Vereinbarungen und durch menschliche Selbstbestimmung, sondern über die blinden Gesetze der Konkurrenz und der Finanzmärkte bringt nicht nur neuartige strukturelle Krisen hervor, sondern auch ebenso neuartige subjektive Hass- und Vernichtungspotentiale, in denen sich die Zersetzung der bürgerlichen „politischen Subjektivität“ darstellt. Der Schlaf der Vernunft gebiert Ungeheuer, die „unsichtbare Hand“ eines losgelassenen totalitären Ökonomismus schlägt ebenso erbarmungslos zu wie die andere „unsichtbare Hand“ einer blinden „postideologischen“ und „postpolitischen“ Wut, deren pseudo-religiöses Gestammel unfreiwillig beweist, dass sich jede rationalistische Legitimation der sogenannten „Modernisierung“ restlos erschöpft hat.

Die Ratio der warenproduzierenden, auf der unendlichen Verwertung als Selbstbewegung des Geldkapitals beruhenden Weltgesellschaft ist selber jener Schlaf der Vernunft. Aber diese zum „Pragmatismus“ herabgesunkene, also zur kritischen Re-

flexion und Selbstreflexion nicht mehr fähige moderne Rationalität eines irrationalen Selbstzwecks kann und will ihre Grenzen nicht sehen, und so macht sie einfach stur weiter und versucht, ihre eigenen Dämonen als ein fremdes und äußeres „Sicherheitsproblem“ zu definieren. Der unaufhaltsame Zerfall der Ökonomie soll mit ökonomischen, der ebenso unaufhaltsame Zerfall der Politik mit politischen Mitteln aufgehalten werden. Die Weltherrscher des Kapitals begreifen ihre eigene Welt nicht mehr.

Um das scheinbar Unbegreifliche dennoch begreifen zu können, ist es notwendig, in krassem Gegensatz zur pragmatischen Ideologie der herrschenden Funktionseliten, die heute in Wahrheit nur noch den totalitären Anspruch der Ökonomie an der Welt exekutieren, den ganz und gar nicht modischen Standpunkt radikaler Distanz und Kritik einzunehmen. Erst aus dieser Position ist es möglich, die Zersetzungs- und Selbsterstörungsprozesse des Weltsystems als solche zu erkennen, die Zusammenhänge in ihrer historischen Dimension aufzurollen und gleichzeitig als aktuell erscheinende Grenze der kapitalistischen Dynamik zu dokumentieren.

DIE METAMORPHOSEN DES IMPERIALISMUS

In der Welt des modernen warenproduzierenden Systems ist die Politik immer schon die Fortsetzung der ökonomischen Konkurrenz mit anderen Mitteln, wie der Krieg (nach einem Wort von Clausewitz) die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist. Diese vermittelte Identität von Konkurrenz, Politik und Krieg ist es, die den Kampf um die planetarische Hegemonie impliziert und insofern kapitalistische Geschichte geschrieben hat.

Der ursprünglich polyzentrische Kampf um die kapitalistische Weltherrschaft war zunächst ein rein europäischer und hatte seine Wurzeln in der west- bzw. mitteleuropäischen Konstitutionsgeschichte der kapitalistischen Produktionsweise. Vom 16. bis zum 19. Jahrhundert bildeten sich dabei zusammen mit dem modernen warenproduzierenden System die europäischen territorialen Nationalstaaten heraus, deren Begriff der Nation auf die übrige Welt ausstrahlte und die globale Entwicklungsgeschichte bis zum Ende des 20. Jahrhunderts bestimmen sollte. Zunächst aber erschien die riesige Masse der außereuropäischen Weltregionen nur als politisch leerer Raum und als Zankapfel in der kolonialen Expansion Europas. Der europäische Staats- und Nationsbildungsprozess eskalierte dabei frühzeitig zu einem Konflikt der entstehenden nationalökonomischen bzw. nationalstaatlichen kapitalistischen Konstrukte um die Welthegeemonie.

Da der Kampf auch immer um die kolonialen Gebiete und damit in Übersee geführt wurde, reimte sich Weltmarkt von Anfang an auf Weltkrieg. Das Ringen der kapitalistischen Nationalstaaten Europas um die globale Vormacht musste dabei letztendlich unentschieden bleiben, weil schon von den Ausgangsbedingungen her keiner von ihnen einen entscheidenden Vorteil geltend machen konnte. Bis zum Ende des 18. Jahrhunderts wechselte die Rolle der Vormacht mehrmals, die identisch war mit der Rolle des jeweiligen Vorreiters in der kapitalistischen Entwicklung.

Zwar konnte dann Großbritannien für einen Großteil des 19. Jahrhunderts die Position der Weltmacht Nr.1 einnehmen, insofern es als Schrittmacher der Industrialisierung lange Zeit die entscheidende Transformation dominierte, in der sich die kapi-

talistische Produktionsweise überhaupt erst auf ihren eigenen Grundlagen zu entwickeln begann. Aber die Aufholjagd Frankreichs und vor allem Deutschlands in der industriellen Entwicklung hatte zu Beginn des 20. Jahrhunderts diesen Vorsprung nahezu wettgemacht und damit auch das politisch-militärische Machtgleichgewicht erneut verschoben. In der Epoche der beiden industrialisierten Weltkriege und der damit verbundenen Weltwirtschaftskrise der Zwischenkriegszeit zerfleischten sich die europäischen nationalen Raubstaaten des Kapitalismus gegenseitig und blieben zu Tode erschöpft auf dem Schlachtfeld zurück. Der Weltmarkt brach praktisch zusammen; der Welthandel fiel auf ein Niveau zurück, das nur noch dem Stand gegen Ende des 19. Jahrhunderts entsprach. Damit aber drohte auch die weitere kapitalistische Entwicklung auf den nationalökonomischen Binnenmärkten und innerhalb der auf sich selbst zurückgeworfenen Nationalstaaten zu erlahmen.

Dieser Zusammenbruch als Folge des europäischen Kampfes um die kapitalistische Weltherrschaft war bereits der Vorschein einer absoluten Grenze des modernen warenproduzierenden Systems. Aber eben nur der Vorschein. Denn die weltweite sozialökonomische Katastrophenwelle in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts war in erster Linie politisch-militärisch induziert, also in abgeleiteten Formen des Kapitalverhältnisses, während der ökonomische Spielraum weltkapitalistischer Entwicklung noch keineswegs ausgeschöpft war. Das konnte man damals aus der Binnenperspektive der Ereignisse natürlich nicht erkennen. Aus heutiger Sicht aber lässt sich sagen, dass es sich bei der Epoche der Weltkriege mit der darin eingeschlossenen Weltwirtschaftskrise um die letzte und größte Durchsetzungskatastrophe der kapitalistischen Produktionsweise (also innerhalb einer ökonomisch weiter aufsteigenden Bewegung) gehandelt hat, noch nicht um deren absolute innere Schranke, die das Ende der ökonomischen Aufstiegsbewegung selber markiert.

Pax Americana: Der Kampf um die kapitalistische Weltherrschaft ist entschieden

Als Resultat der Weltkriegsepoche war die aus dem gescheiterten europäischen Kampf um die kapitalistische Weltherrschaft resultierende Entwicklung wesentlich von einer politisch-militärischen Wachablösung bestimmt, und zwar in doppelter Weise.

Zum einen nutzten die kolonialen, abhängigen und/oder kapitalistisch „unterentwickelten“ Weltregionen an der Peripherie des Weltmarkts die Schwäche der blutenden und ihre Wunden leckenden europäischen Hegemonialstaaten des kapitalistischen Zentrums, um die koloniale Herrschaft Europas und damit ihre äußerliche politische Abhängigkeit abzuschütteln.

Den Startschuss für diesen das ganze 20. Jahrhundert durchziehenden Prozess der Entkolonisierung und „nachholenden Modernisierung“ gab unmittelbar am Ende des

Ersten Weltkriegs die russische Oktoberrevolution, gewissermaßen die Französische Revolution des Ostens. Zwar gehörte das Zarenreich selber zu den traditionellen europäischen Mächten und hatte sich ebenfalls ein koloniales Imperium zusammengeraubt, wenn auch nicht in Übersee, sondern als Expansion in der kontinentalen eurasischen Landmasse. Aber gleichzeitig war Russland eben auch selber Peripherie ohne eigenständige industrielle Basis und in vieler Hinsicht den kolonialen und abhängigen Weltregionen strukturell durchaus verwandt. Lenin sah die russische Revolution immer im doppelten Zusammenhang von antieuropäischer kolonialer Revolution einerseits und „nachholender Modernisierung“ als bewusstes „Lernen von Westeuropa“ andererseits.

Die damit verbundene Zielbestimmung, obwohl als staatskapitalistischer „Sozialismus“ ideologisch verkleidet, konnte nur darin bestehen, eine eigenständige industrielle Basis und einen Binnenmarkt mit nationalstaatlichem Rahmen zu schaffen, um als selbständiges Nationalsubjekt am kapitalistischen Weltmarkt teilzunehmen. Und genau in dieser Hinsicht strahlte das Paradigma der Oktoberrevolution auf die gesamte Peripherie aus und machte die Sowjetunion zum „Gegenzentrum“ der mit dem Westen konkurrierenden historischen Nachzügler. Die schiere Masse von Bevölkerung, Land und naturalen Ressourcen, staatskapitalistisch mobilisiert im repressiven Industrialisierungsprozess der Stalin-Ära, machte das sowjetische Gegenzentrum auch politisch und militärisch zur Gegenweltmacht, der das von seinen zerfleischenden Kämpfen um die globale Hegemonie erschöpfte europäische Zentrum des westlichen Kapitalismus wenig hätte entgegensetzen können.

Aber in derselben Entwicklung, die den europäischen Kampf um die kapitalistische Weltherrschaft als Patt ausgelagter und demoralisierter Nationalsubjekte hatte enden lassen, war auch das westliche kapitalistische Machtzentrum selber entscheidend und irreversibel transformiert worden. Denn zum ändern hatten sich, parallel zur politisch-militärischen Emanzipation und „nachholenden Modernisierung“ des globalen Ostens und Südens, die USA auf gar nicht einmal so leisen Pfoten, aber dennoch in gewisser Weise hinter dem Rücken der ursprünglichen europäischen Zentralmächte des Kapitals, zur neuen Weltmacht Nr.1 aufgeschwungen.

Das Machtzentrum des Kapitalismus hatte sich über den Atlantik nach Nordamerika verlagert. Durchaus ähnlich wie im Fall der Sowjetunion, nur in einer gänzlich anderen, nämlich konkurrenzkapitalistischen statt staatsbürokratischen Tradition, war es die schiere Bevölkerungsmasse auf einer bereits längst entwickelten industriellen Basis, die den Koloss USA im Vergleich zu den eher mickrigen europäischen Nationen als wirkliche Führungsmacht des Kapitals prädestinierte.

Der kontinentale Umfang des Landes zwischen Atlantik und Pazifik (mit dem Blick eines Januskopfes gleichzeitig nach Europa und Asien), die wie in Russland scheinbare Unerschöpflichkeit der natürlichen Ressourcen und die (im Unterschied zu Russland) geballte Masse der Kaufkraft konstituierten den bis heute größten Binnenmarkt

der Welt. Deshalb gingen die wichtigsten kapitalistischen Entwicklungen, sozialen Strukturveränderungen, technologischen und kulturellen Trends zunehmend von den USA aus, um anschließend in mehr oder minder großem Ausmaß die Welt zu überrollen. Kein Wunder, dass das 20. Jahrhundert „das amerikanische Jahrhundert“ genannt wurde (zuerst von Henry Luce im Jahr 1941, wie der US-Historiker Paul Kennedy bemerkt).

Vor diesem Hintergrund wuchs auch die militärische Potenz der aufsteigenden Weltmacht USA in eine bis dahin unbekannt Dimension hinein. Schon die beiden Weltkriege waren nur durch das Eingreifen der USA entschieden worden, und die europäischen „Siegermächte“ sahen dem deutschen Verlierer nicht nur hinsichtlich der erlittenen Schäden zum Verwechseln ähnlich, sondern sanken auch rasch zu mehr oder weniger verschämten bzw. aufmüpfigen, die eigene imperiale „Ehre“ pflegenden Hintersassen der USA herab; dabei in mancher Hinsicht ehemaligen Diven vergleichbar, die im bitteren Alter den verflommenen Zeiten ihrer jugendlichen Erfolge nachtrauern.

Am Ende des Zweiten Weltkriegs war die Überlegenheit der neuen Weltmacht Nr.1 in jeder Hinsicht derart erdrückend, dass sie die wechselnden Vorteile aller früheren, immer nur vorübergehenden europäischen Vormächte weit übertraf. Nicht ohne Stolz stellt Paul Kennedy fest: „Weil der Rest der Welt nach dem Krieg so erschöpft war oder sich immer noch im Zustand kolonialer ‚Unterentwicklung‘ befand, war die amerikanische Macht 1945 – in Ermangelung eines besseren Begriffs – künstlich so hoch wie beispielsweise die britische um 1815. Trotzdem waren die tatsächlichen Dimensionen ihrer Macht in absoluten Zahlen historisch beispiellos... In der Tat expandierte die Industrie in den Vereinigten Staaten in den Jahren 1940 bis 1944 schneller – über 15 Prozent im Jahr – als je zuvor oder danach... Der Lebensstandard und die Produktivität pro Kopf waren höher als in allen anderen Ländern. Die Vereinigten Staaten waren das einzige Land unter den Großmächten, das durch den Krieg reicher – und tatsächlich viel reicher – wurde statt ärmer“ (Kennedy 1991/1987, 533 f.).

Zwei Drittel der gesamten Goldreserven der Welt lagerten am Ende des Zweiten Weltkriegs in Fort Knox, dem Schatzhaus Washingtons. Und dieser monetären absoluten Überlegenheit entsprach die industrielle: „1945 befinden sich drei Viertel des auf der Welt investierten Kapitals und zwei Drittel der intakten industriellen Produktionskapazitäten in den USA“ (Ott/Schäfer 1984, 420). Mit dieser überwältigenden ökonomischen Macht im Rücken entstand seit dem Zweiten Weltkrieg die „permanente Kriegswirtschaft“ der USA, deren Rüstungsindustrie, Armeestärke, permanent weiterentwickelte technologische Ausrüstung und globale militärische Präsenz (heute in 65 Ländern aller Kontinente) für die übrigen Mächte des westlichen kapitalistischen Zentrums rasch uneinholbar wurden.

Nur die Sowjetunion als staatskapitalistische Gegenweltmacht der historischen Nachzügler konnte den USA nach 1945 politisch-militärisch noch einige Zeit Paroli

bieten, wie umgekehrt allein die USA als westliche Vormacht an Stelle der abgetakelten europäischen Mächte das konkurrierende staatskapitalistische Gegensystem (und dessen Ausstrahlungskraft auf die gesamte Peripherie) in Schach zu halten vermochten.

Schon im 19. Jahrhundert hatte der französische Historiker und Gesellschaftstheoretiker Alexis de Tocqueville diese Konstellation in einer berühmten, immer wieder zitierten Prognose richtig vorausgesehen: „Es gibt heute auf Erden zwei große Völker, die, von verschiedenen Punkten ausgegangen, dem gleichen Ziel zuzustreben scheinen: die Russen und die Angloamerikaner. Beide sind im Verborgenen groß geworden, und während die Blicke der Menschen sich anderswohin richteten, sind sie plötzlich in die vorderste Reihe der Nationen getreten, und die Welt hat fast zur gleichen Zeit von ihrer Geburt wie von ihrer Größe erfahren. Alle anderen Völker scheinen die Grenzen ungefähr erreicht zu haben, die ihnen die Natur gezogen hat, und nur noch zum Bewahren dazusein; sie aber wachsen: alle anderen stehen still oder schreiten nur mit großer Mühe weiter; sie allein gehen leichten und raschen Schrittes auf einer Bahn, deren Ende das Auge noch nicht zu erkennen vermag. Der Amerikaner kämpft gegen die Hindernisse, die ihm die Natur entgegenstellt; der Russe ringt mit den Menschen. Der eine bekämpft die Wildnis und die Barbarei, der andere die mit all ihren Waffen gerüstete Zivilisation: so erfolgen denn die Eroberungen des Amerikaners mit der Pflugschar des Bauern, die des Russen mit dem Schwert des Soldaten. Um sein Ziel zu erreichen, stützt sich der eine auf den persönlichen Vorteil und lässt die Kraft und die Vernunft der einzelnen Menschen handeln, ohne sie zu lenken. Der zweite fasst gewissermaßen in einem Manne die ganze Macht der Gesellschaft zusammen. Dem einen ist Hauptmittel des Wirkens die Freiheit, dem andern die Knechtschaft. Ihr Ausgangspunkt ist verschieden, ihre Wege sind ungleich; dennoch scheint jeder von ihnen nach einem geheimen Plan der Vorsehung berufen, eines Tages die Geschicke der halben Welt in seiner Hand zu halten“ (Tocqueville 1987/1835, 613).

Was Tocqueville hier in der Sprache des 19. Jahrhunderts formuliert, ist erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wahr geworden: die Aufteilung der Welt unter die USA und die Sowjetunion, und die letzte Zuspitzung des Kampfes um die Weltherrschaft innerhalb des modernen warenproduzierenden Systems zwischen diesen beiden Mächten, die in der Epoche des Kalten Krieges auf durchaus zutreffende Weise im Unterschied zu den vorherigen Groß-, Vor- und Weltmächten als „Supermächte“ bezeichnet wurden; beide gleichermaßen und nicht zufällig „multiethnische“ Bundesstaaten von kontinentalen Ausmaßen, die über den beschränkten kapitalistischen Nationsbegriff Europas in allen seinen Varianten hinausgewuchert waren.

Auch an der gegensätzlichen Struktur dieser beiden Mächte, die nach 1945 als „Systemkonflikt“ begrifflich überdehnt wurde, hatte Tocqueville etwas Richtiges wahrgenommen, es allerdings bereits nicht weniger überspitzt und nur halb wahr formuliert wie die Protagonisten dieses Gegensatzes mehr als ein Jahrhundert später.

Die heutige Welt ist noch immer ebenso unfähig, das gemeinsame kategoriale Bezugssystem der modernen Warenproduktion als eine distinkte historische Gesellschaftsform (statt als ahistorische gesellschaftliche Ontologie) wahrzunehmen wie die Zeit Tocquevilles. Was bereits diesem als grundsätzliche Differenz erschien, sind nur die beiden Pole kapitalistischer Vergesellschaftung von Markt und Staat; beide im gleichen Ausmaß repressiv, denn der bürokratischen Macht steht nicht die „Freiheit“ schlechthin gegenüber, sondern nur die durch den Zwang der Konkurrenz selber in Despotismus umschlagende sogenannte Marktfreiheit.

Der Staatskapitalismus war in Wahrheit nicht nur in Russland (schon zur Zarenzeit), sondern auch in West- und Mitteleuropa die ursprüngliche Konstitutionsform der kapitalistischen Produktionsweise, wie sie der feudalen Agrargesellschaft übergestülpt wurde. Es gehörte neben dem industriellen Entwicklungsstand und der kontinentalen Dimension des Binnenmarktes zur einzigartigen kapitalistischen Potenz der USA, dass dort diese ursprüngliche europäische Transformationsform überflüssig war und sich das Kapital von vornherein in systemisch fortgeschrittenen Formen entwickeln konnte; ganz unbehindert durch eine historische Sedimentierung vormoderner Produktionsweisen und Kulturen, denn die europäischen Kolonisatoren hatten ja nicht nur losgelöst von den zurückgelassenen Strukturen auf dem Nullpunkt eines neuen Entwicklungsniveaus beginnen können, sondern auch die Gesellschaften der Ureinwohner nahezu ausgerottet und auf diese Weise die nördliche Hemisphäre der „Neuen Welt“ zum gewissermaßen jungfräulichen Boden und einmaligen Experimentierfeld der Modernisierung gemacht. Sobald im 20. Jahrhundert Kapitalstock und Industrialisierungsgrad der USA über das Niveau der alten europäischen Zentralmächte hinauswuchsen, gab dieser besondere historisch-kulturelle Charakter dem Aufstieg zur Supermacht eine zusätzliche Schubkraft.

Im Verhältnis der beiden Supermächte waren also die USA eindeutig die bei weitem fortgeschrittenere Gesellschaft auf dem Boden des modernen warenproduzierenden Systems. Deshalb hätte es eigentlich keinen Zweifel geben dürfen, wie der letzte Kampf um die kapitalistische Weltherrschaft ausgehen musste. Diese Zweifel rührten auch immer nur daher, dass der Sowjetunion qua vermeintlich alternativer „sozialistischer“ Systemqualität eine Durchhalte- und Entwicklungsfähigkeit zugetraut wurde, die sie gar nicht hatte – eben weil die gemeinsame, über den Weltmarkt vermittelte Qualität als warenproduzierende Gesellschaft außerhalb der kritischen Analyse blieb. Genau dieser gemeinsamen gesellschaftlichen Basisform wegen war die Sowjetunion nun einmal keine historische Alternative, sondern nur die staatskapitalistische Gegenweltmacht der historischen Nachzügler und als solche auf die Dauer unterlegen.

Diese Unterlegenheit schlug sich nicht zuletzt auch in militärischer Hinsicht nieder. Weder von der Kapitalkraft noch von den wissenschaftlich-technologischen Mitteln her konnte die Sowjetunion den permanenten Rüstungswettlauf durchhalten. Wie

das staatskapitalistische Gegensystem generell unfähig war, den Übergang zur dritten industriellen Revolution der Mikroelektronik in der gesamten gesellschaftlichen Reproduktion mitzuvollziehen, so fiel die sowjetische Militärmacht auch bei der mikroelektronischen Aufrüstung durch Hightech-Waffensysteme immer weiter hinter die USA zurück. Damit scheiterte der östliche Staatskapitalismus in den 80er Jahren ökonomisch am Weltmarkt, an dessen Kriterien und Standards er sich als warenproduzierendes System messen lassen musste, und er wurde gleichzeitig militärisch totgerüstet. Der vollständige Zusammenbruch war die logische Konsequenz.

War der polyzentrische Kampf der alten europäischen Kapitalmächte um die Welt hegemonie seit der Mitte des 20. Jahrhunderts in das bipolare Ringen der beiden Supermächte umgeschlagen, so hat sich am Ende des 20. Jahrhunderts eine neue monozentrische Struktur und ein einheitliches kapitalistisches Weltsystem unter alleiniger Ägide der USA herausgebildet. Es ist keine Macht mehr denkbar, die sich auf der gesellschaftlichen Grundlage des modernen warenproduzierenden Systems noch einmal zur welthegemonialen Rivalität aufschwingen könnte, weder hinsichtlich der militärisch-technologischen Potenz noch hinsichtlich der ökonomischen und politischen Dimension oder der Finanzkraft.

Die USA sind heute wirklich „die einzige Weltmacht“, wie der US-Politologe Zbigniew Brzezinski (Professor für Außenpolitik in Baltimore und Berater am „Zentrum für Strategische und Internationale Studien“ in Washington) in seinem so betitelten, 1997 erschienenen Buch über die globale US-Hegemonie feststellt: „Im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts hat sich die Weltlage tiefgreifend verändert. Zum ersten Mal in der Geschichte trat ein außereurasischer Staat nicht nur als der Schiedsrichter eurasischer Machtverhältnisse, sondern als die überragende Weltmacht schlechthin hervor. Mit dem Scheitern und dem Zusammenbruch der Sowjetunion stieg ein Land der westlichen Hemisphäre, nämlich die Vereinigten Staaten, zur einzigen und im Grunde ersten wirklichen Weltmacht auf“ (Brzezinski 1999, 15).

Dieser neue Charakter der einzigen übrig gebliebenen Supermacht ist nicht allein durch die besonderen historischen Qualitäten und die äußere Dimension der USA bestimmt, sondern auch durch den kapitalistischen Entwicklungsstand am Ende des 20. Jahrhunderts. Erst die mikroelektronische dritte industrielle Revolution, an der die Gegensupermacht Sowjetunion mangels Kapitalkraft gescheitert ist, hat überhaupt eine Weltmacht im buchstäblichen Sinne ermöglicht, also eine unmittelbare globale Zugriffsfähigkeit. Zwar erfordern großangelegte militärische Expeditionen weiterhin eine entsprechend weiträumige und aufwendige Logistik, aber diese wird durch eine weltumspannende Kommunikationstechnologie bedeutend erleichtert.

Mussten sich die alten europäischen Großmächte auf der Basis der klassischen Industrialisierung noch mit schwerfälligen und schwer kontrollierbaren militärischen Aufmärschen begnügen, die heute fast schon antik wirken (etwa mittels Schlachtschiffen und Panzerarmeen), so kann die Kriegsmaschine der USA inzwischen tat-

sächlich bis zu einem gewissen Grad als omnipräsent und universell einsetzbar gelten – allerdings nur auf der Ebene des Krieges zwischen regulären Armeen. Militärische Großexpeditionen wie in den beiden Weltordnungskriegen nach dem Untergang des Staatskapitalismus (gegen den Irak und gegen Restjugoslawien) werden dadurch nicht bloß vereinfacht, sondern auch durch vorher nie dagewesene Zugriffsfähigkeiten ergänzt. An die Stelle schwerfälliger Boden- oder Wasseroperationen (die allerdings nicht völlig überflüssig werden) können inzwischen sehr flexible, mikroelektronisch gesteuerte Luftschläge treten.

Zwar wurde schon Nazi-Deutschland zu einem erheblichen Grad durch die seit 1944 drückende Luftüberlegenheit der Alliierten und den Bombenhagel aus der Luft (Zerstörung der Kriegsindustrien, der Nachschubwege usw.) besiegt, auch wenn das keineswegs der einzige kriegsentscheidende Faktor war. Aber außerdem mussten die Luftflotten selber erst mühsam in den Radius der Einsatzzonen verschafft werden. War die Atlantiküberquerung im Flugzeug bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts noch ein Abenteuer, so kann die US-Luftwaffe heute von eigenem Territorium aus jeden beliebigen Ort der Welt in einer beispiellos kurzen Zeit erreichen. Gleichzeitig ermöglicht die ebenfalls mikroelektronisch gesteuerte Satellitenüberwachung vom Weltraum aus mit einem Auflösungsvermögen von großer Genauigkeit eine weiter gehende Kontrolle aller oberirdischen Bewegungen und Operationen auf dem Globus als jemals in der Vergangenheit. Im Verein mit der kontinentalen Dimension ihres Territoriums, der Kapitalkraft und der führenden Rolle in der Kommunikationstechnologie bedingen die konkurrenzlosen und ständig weiterentwickelten Hig-Tech-Waffensysteme der USA eine qualitativ neue Art der globalen Hegemonie in der kapitalistischen Staatenwelt.

Eine derartige Überlegenheit verführt leicht dazu, die Kontrollfähigkeit der US-Supermacht zu verabsolutieren und die tatsächliche Erweiterung der mikroelektronisch gestützten Zugriffsmöglichkeiten zu einem „elektronischen Waffenmythos“ zu überhöhen, obwohl die Fähigkeit zur unmittelbar globalen Operation keineswegs gleichbedeutend mit absoluter Kontrolle ist (was eine logische und praktische Unmöglichkeit wäre). Vor allem, und das ist hier schon festzuhalten, bezieht sich die politisch-militärische Hegemonie der USA eben nur auf die Welt der kapitalistischen Nationalstaaten und die dazugehörigen industriellen, gleichsam „fordistischen“ Armeen, also gewissermaßen auf die Makro-Ebene der internationalen kapitalistischen Verhältnisse. In dieser Hinsicht ist die Hightech-Armee der USA uneinholbar überlegen und kann demnach jeden größeren oder kleineren Krieg gegen jede beliebige Armee von einzelnen oder koalierenden Nationalstaaten dieser Welt gewinnen.

Die letzte Weltmacht an der historischen Systemgrenze

Überwältigend ist die Hegemonie der einzigen übrig gebliebenen Supermacht USA somit im Verhältnis zu den anderen sogenannten Mächten der kapitalistischen Welt, seien es die Europäische Union (EU), Japan, das heruntergekommene und auch militärisch verlotterte Russland oder die Pseudo-Regionalmächte vom Iran bis zu Indien, Pakistan oder gar dem vermeintlichen Koloss China, dessen ungeheure Bevölkerungsmasse im umgekehrten Verhältnis zu seiner sowohl ökonomischen als auch politisch-militärischen Potenz steht. Darin zeigt sich eine grundlegende Tendenz der weltkapitalistischen Entwicklung, in der die Ungleichzeitigkeiten, Disparitäten und uneinholbaren Abstände in der Reproduktionsfähigkeit des Kapitals umso mehr zunehmen, je unwiderstehlicher sich das Kapitalverhältnis irreversibel als unmittelbares Weltverhältnis darstellt und die nationalen Grenzen in vieler Hinsicht zu verschwimmen beginnen.

Die USA sind allerdings ironischerweise nur in dem Maße zur nicht mehr einholbaren Weltmacht Nr.1 des Kapitals geworden, wie sich die kapitalistische Produktionsweise als solche zu erschöpfen beginnt. Hatten die früheren europäischen Vormächte ihre nationalen Trümpfe in bestimmten Epochen des kapitalistischen Aufstiegs zum globalen System ausgespielt, also im Binnenraum der bürgerlichen Modernisierungsgeschichte, so ist die Hegemonie der USA bereits an den Grenzen des Kapitalismus als gesellschaftlicher Reproduktionsform angesiedelt. Insofern sind die USA am Ende des 20. Jahrhunderts nicht nur die einzige, sondern auch die letzte Weltmacht. Es ist wie im Märchen: In dem Augenblick, in dem sich der Traum erfüllt, wird er zum Alptraum und unwahr, weil sich die Brüchigkeit und geradezu die Absurdität seiner Voraussetzungen enthüllt.

Der Prozess, in dem sich der unaufhaltsame Aufstieg der USA zur einzigen und letzten Welt- und Supermacht vollzog, war gleichzeitig die Entfaltung der Krise des modernen warenproduzierenden Systems. Konnte die zweite industrielle Revolution des so genannten Fordismus (Automobilmachung, Wirtschaftswunder) in der Nachkriegsgeschichte noch eine Art „Weltentwicklungsplan“ suggerieren, so hat die dritte industrielle Revolution der Mikroelektronik das globale Entwicklungsgefälle derart verschärft, dass ganze Weltregionen aus der kapitalistischen Reproduktionsfähigkeit herauszufallen beginnen.

Gleichzeitig hat sich der sozialökonomische Krisenprozess seit den 80er Jahren bis in die Zentren des Kapitals vorangefressen. Das Ausbrennen der kapitalistischen „Arbeitssubstanz“ kann nur noch durch den Vorgriff auf real nie mehr eintreffende zukünftige Geldeinkommen und Profite kaschiert werden, also durch ausufernde globale Verschuldungsprozesse sämtlicher Wirtschaftssubjekte (Staaten, Unternehmen, Private) und durch das Aufblähen historisch beispielloser spekulativer Finanzblasen auf den Aktienmärkten. Das Recycling stets wachsender Massen von „fiktivem Kapi-

tal“ (Marx) in den Wirtschaftskreislauf hat das Abheben der Finanzmärkte von der Realökonomie zur Grundbedingung der globalen Kapitalverwertung gemacht. Das Weltkapital ist in einen Zustand der Simulation übergegangen, der die Weltgesellschaft wie nie zuvor polarisiert: Auf dem einen Pol häufen sich Massenarmut und Elend an, ökonomische Zusammenbruchsprozesse wiederholen sich in kurzen Abständen. Auf dem anderen Pol häuft sich ein ebenso astronomischer wie substanzloser Geldreichtum an, dessen Brüchigkeit auf den prekär gewordenen Charakter der kapitalistischen Produktionsweise als solcher verweist.

Die monozentrische Hegemonie der USA steht im Mittelpunkt dieser herangereiften Widersprüche des Weltkapitals. Zwar ist die politisch-militärische Überlegenheit der letzten Weltmacht nicht mehr zu übertrumpfen (und nur insofern „absolut“), aber gleichzeitig erleidet die Politik als solche, auch in ihrer Gestalt als hegemoniale Weltpolitik, einen wesentlichen Bedeutungsverlust gegenüber den weltökonomischen Prozessen, die sich auf eine qualitativ neue Weise krisenhaft verselbständigt haben; ablesbar übrigens nicht zuletzt daran, dass das politische Personal wie überall in der Welt auch in den USA im Verhältnis zur ökonomischen Funktionselite auf ein drittklassiges Niveau herabgesunken ist. Die letzte Weltmacht sieht sich mit einem inneren wie äußeren Krisenprozess konfrontiert, der die ganze Welt erfasst und seiner Natur nach durch keinerlei politisch-militärisches Potential in Schach zu halten ist.

Die früher oder später zwangsläufig zur Zerreißprobe führenden Widersprüche zwischen dem monozentrischen Weltmachtcharakter der USA und dem Krisencharakter der dritten industriellen Revolution, wie er die herrschende Produktionsweise von innen heraus zerstört, werden dabei in mehrfacher Hinsicht deutlich.

Politische Mächte können überhaupt nur auf nationalstaatlicher Grundlage existieren und sich entfalten, auch wenn es sich um einen der Herkunft seiner Bürger nach bunt gemischten Großstaat von kontinentalen Ausmaßen handelt. Dieser nationalstaatliche Charakter auch der letzten Weltmacht steht aber im Widerspruch zur transnationalen Metamorphose des Kapitals durch den Prozess der Globalisierung. In demselben Maße, wie die strukturelle Krise Massenarbeitslosigkeit und/oder große Billiglohnssektoren erzeugt, den Sozialstaat zurückfährt usw., wird die Kaufkraft auf den nationalen Binnenmärkten abgeschmolzen und das Kapital ist gezwungen, sich mit einer nie dagewesenen Dynamik betriebswirtschaftlich über die Weltmärkte zu zerstreuen, um das globale Kostengefälle optimal zu nutzen und andererseits Kaufkraft auf sich zu ziehen, wo immer es diese noch gibt auf der Welt.

Diese Transnationalisierung des Kapitals und die gleichzeitige, ebenfalls und sogar noch mehr transnational bestimmte Flucht in den neuen simulativen Finanzkapitalismus ist es aber, die dem Nationalstaat sukzessive die ökonomischen Grundlagen entzieht; und das gilt eben auch für die übrig gebliebene Supermacht USA. Auch das US-Kapital macht die transnationale Metamorphose durch und damit ungewollt den Weltmachtstaat obsolet.

Andererseits können die USA als ein trotz ihres Supermachtstatus begrenzter Nationalstaat auch nicht unmittelbar als Weltstaat agieren, der in der Lage wäre, das transnational werdende Weltsystem der kapitalistischen Krisenökonomie zu regulieren, wie bisher die Nationalstaaten ihre jeweilige Binnenökonomie reguliert hatten. So erweist sich die letzte Weltmacht als getrieben von den Zwängen und Verlaufsformen eines längst mit politischen Mitteln unbeherrschbaren Weltkrisenprozesses, auf den sie mitsamt ihrer militärisch unbesiegbaren Hightech-Armee immer nur äußerlich und letzten Endes inadäquat reagieren kann.

Dass die USA bloß die Vormacht eines unheilbar an sich selbst erkrankten und vergifteten Weltsystems sind, zeigt sich auch am Zustand ihrer eigenen Binnenökonomie unter Einschluss des Staates. Innerhalb der USA ist der abstrakte Geldreichtum nicht nur am stärksten innerhalb der westlichen Welt polarisiert, sondern auch sein Glanz am meisten von ökonomischem Talmi herrührend. Denn die USA sind heute, ganz im Gegensatz zu ihrer komfortablen und auch ökonomisch konkurrenzlosen Ausgangsposition am Ende des Zweiten Weltkriegs, das Land sowohl mit der größten Binnenverschuldung als auch der größten Außenverschuldung der Welt. Die absolute Überlegenheit ist rein auf das militärische Potential zusammengeschrumpft.

Man könnte einwenden, der den phantastischen Verschuldungsprozess der USA tragende Zustrom von Geldkapital aus aller Welt sei eben der Tribut, den diese kapitalistische Welt ihrer Führungsmacht zollen muss. Aber es handelt sich dabei nicht um einen Tribut herkömmlicher Art, wie ihn stets besiegte oder unterlegene „Völker“ und „Nationen“ als solche entrichten mussten, sondern um einen Zustrom von transnationalem privatem Geldkapital, das als Kreditgeld eine gefährliche Forderung an die US-Ökonomie darstellt, weil es jederzeit abgezogen werden (oder durch Finanzkräche gewissermaßen „verdampfen“) und dadurch die ganze Weltmachtherrlichkeit zum Einsturz bringen kann.

Diese Gefahr betrifft nicht zuletzt den Hightech-Militärapparat selbst, der ja permanent Unsummen verschlingt und damit erst recht am Tropf des transnationalen Finanzkapitals hängt. Denn es handelt sich dabei um eine abgeleitete Finanzierung, die somit reell auf einer eigenständigen nationalökonomischen Potenz beruhen müsste, die den USA jedoch schon längst abhanden gekommen ist. Das militärische Potential für sich allein ist in seiner gewissermaßen „naturalen“ Gestalt nicht lebensfähig, da es eben wie alles in der kapitalistischen Welt durch das Nadelöhr der „Finanzierbarkeit“ hindurch muss.

Das gilt keineswegs allein für sozialstaatliche Leistungen oder die medizinische Versorgung, sondern ganz genauso für Cruise Missiles, Stealth-Bomber und Flugzeugträger. Rein ökonomisch gesehen unterscheiden sich Sozialstaat und Militärapparat nicht, in beiden Fällen ist eine vermittelte, externe Finanzierung durch staatliche Geldabschöpfung erforderlich. Und wer oder was auch immer sich durch Raketen und Fernbomber in die Knie zwingen lässt, die transnationalen Finanzmärkte ge-

hören jedenfalls nicht dazu. Wenn also die globale Finanzblase platzt, wird die militärische Welthoheit der USA gleich mit in die Luft fliegen.

Der arrogante und militärisch muskelstrotzende Koloss der letzten Weltmacht steht auf tönernen Füßen. Aber nicht mehr deswegen, weil noch einmal ein anderer Koloss heranwachsen würde, der ihn stürzen könnte. Sondern allein aus dem Grund, dass die aller modernen Weltmacht zugrunde liegende kapitalistische Produktionsweise an ihre absolute Grenze zu stoßen beginnt. Die USA können nicht mehr an einer konkurrierenden Weltmacht scheitern, aber sie werden an ihrer eigenen Logik scheitern, und das ist die Logik des kapitalisierten Geldes. Die globale Kontrollfähigkeit der letzten Weltmacht geht zusammen mit der Pseudozivilisation des Geldes unter.

Deshalb kann es auch keinen Weltkrieg vom Typus der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts mehr geben, der daraus entstanden war, dass gleichwertige Weltmächte innerhalb eines polyzentrischen Weltsystems im Kampf um die Hegemonie aufeinander prallten. Schon in der bipolaren Struktur des Kalten Krieges war dieser Zusammenstoß durch das atomare „Gleichgewicht des Schreckens“ blockiert worden; die Sowjetunion konnte nicht in einem Weltkrieg besiegt, sondern musste ökonomisch niederkonkurriert und militärisch totgerüstet werden.

In der monozentrischen Hegemonie der letzten Weltmacht gibt es auf dieser Ebene überhaupt keine Konkurrenz mehr, also noch viel weniger das Potential für einen Weltkrieg zwischen ebenbürtigen Großmächten. Aber die transnationale Krisenkonkurrenz lässt erst recht keinen „kapitalistischen Weltfrieden“ zu (was ein Widerspruch in sich wäre), sondern setzt als ihre Fortsetzung mit anderen Mitteln neue Formen bewaffneter Zusammenstöße frei, die nicht mehr auf der Ebene der alten Großmacht-konflikte liegen und nicht mehr in deren Kategorien beschrieben werden können. In dieser neuen Weltkrisenkonstellation vollendet sich eine tiefgreifende qualitative Metamorphose des imperialen Zugriffs, die ihren Anfang schon in der bipolaren Supermachtstruktur der Nachkriegsgeschichte genommen hatte.

Vom territorialen Nationalimperialismus zum „ideellen Gesamtimperialismus“

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts sind die USA nicht nur die letzte und andererseits „erste wirkliche“ Weltmacht, sondern sie sind damit auch in einen anderen Status als alle vorherigen imperialen Mächte eingerückt. Der monozentrische Charakter dieser Weltmacht, die an den historischen Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise gewissermaßen die globalen Widersprüche verwalten muss, verweist auf eine Transformation des Imperialismus, in der dieser nicht mehr seinem bisherigen Begriff entspricht, sondern auf einer anderen Widerspruchsebene angesiedelt ist.

In der Reife ihrer Macht müsste die Position der USA – vom Standpunkt des alten,

bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts gültigen Verständnisses aus gesehen – sogar als eine gewissermaßen „postimperialistische“ erscheinen. Gewaltsamkeit, Brutalität und Zynismus der Zugriffe und ihrer Legitimation sind um keinen Deut geringer geworden, aber der Inhalt hat sich qualitativ vom ursprünglichen Begriff eines modernen „Imperiums“ entfernt. Den drei Entwicklungsstadien der polyzentrischen, der bipolaren und der monozentrischen politisch-militärischen Hegemonie in der modernen Welt entspricht ein fortlaufender Veränderungsprozess im Charakter des Imperialismus, der den Übergang von der Aufstiegs- und Durchsetzungsgeschichte des kapitalistischen Weltsystems zu seiner Krisenreife widerspiegelt.

In der Epoche des alten, polyzentrischen Imperialismus der industriekapitalistischen europäischen Mächte (ungefähr von 1870 bis 1945) ging es vor allem um die territoriale Aufteilung der Welt in nationale Kolonien und „Einflussgebiete“. Dieser klassische europäische Nationalimperialismus war im territorialen Prinzip des bürgerlichen Nationalstaats verwurzelt, wie es sich im Gegensatz zum dynastischen oder personalen Prinzip der feudalen Agrargesellschaft herausgebildet hatte. Die territoriale Expansion der kapitalistischen Nationalstaaten, die schon in der frühen Neuzeit begonnen hatte, setzte sich dabei auf industrieller Grundlage und im großen Maßstab fort; Ziel war stets die Ausdehnung der eigenen territorialen Kontrolle. Kein grenzenloser Weltmarkt lag dieser Entwicklung zugrunde und schon gar keine transnationale Globalisierung des Kapitals, sondern genau umgekehrt eine zunehmend staatsökonomische und nationalzentrierte Formierung des Akkumulationsprozesses. Die Expansion der ökonomischen Bewegung nahm daher die Form eines Strebens nach bloß partiellen und relativen, von nationalen „Großreichen“ kontrollierten „Weltwirtschaften“ (im nationalen Plural) an.

Ganz in diesem Sinne war in allen europäischen Großmächten des Kapitals die außen- und gesellschaftspolitische Debatte nach einem Wort des wilhelminischen Generals Friedrich von Bernhardi von der nationalzentrierten Parole „Weltmacht oder Niedergang“ (zit. nach: Gollwitzer 1982/2, 25) gekennzeichnet. Als Grundlage für strategische Orientierungen entwickelte sich dabei die sogenannte „Geopolitik“, in Deutschland vor allem durch Karl Haushofer (1869–1946), der im Nazireich zum führenden strategischen Stichwortgeber aufstieg. Schon der Titel seines dreibändigen Werkes „Macht und Erde“ verweist auf den territorialen Charakter der damaligen imperialen Expansionstendenz. In einem anderen exemplarischen Text Haushofers heißt es dementsprechend: „Großmächte sind ‚Ausdehnungsstaaten‘ ... Deshalb sehen wir sie alle mit einem größeren oder kleineren Anhang von Einflussgebieten auftreten, die zum Begriff der Großmacht gehören wie der Schweif zum Kometen...“ (zit. nach: Gollwitzer, a.a.O., 562).

Ein zentraler Begriff dieser territorialen Expansion war der des „Großraums“, d.h. eines nationalimperial beherrschten partiellen Weltreichs auf der Grundlage einer kohärenten kapitalistischen „Großraumwirtschaft“, die nichts anderes sein konnte als

die Erweiterung einer großen Nationalökonomie um Kolonien, abhängige Zonen und schlicht annektierte Gebiete. Der unheimliche Jurist und reaktionäre Gesellschaftstheoretiker Carl Schmitt, der sich lange Zeit den Nazis zur Verfügung stellte, verfasste dazu zeitlich passend 1939 (mit der 4. Auflage schon 1941) die rechtstheoretische Schrift „Völkerrechtliche Großraumordnung mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte. Ein Beitrag zum Reichsbegriff im Völkerrecht“ (zit. nach: Gollwitzer, a.a.O., 567).

Dieser geopolitische Begriff des Großraums, oft vitalistisch umgeformt zum „Lebensraum“, gehörte bekanntlich auch zum Lieblingsvokabular Hitlers. „Volk ohne Raum“ hieß der einschlägige Roman-Bestseller des völkischen Kolonialschriftstellers Hans Grimm (1926). Nachdem der Welthandel zwischen den Großmächten in der Zwischenkriegszeit tief eingebrochen war, erhielten sogar Bestrebungen einer nationalen Autarkie Oberwasser, die schon von Anfang an den klassischen Imperialismus begleitet hatten. Ziel dieser Autarkiepolitik war, so auf einem wirtschaftsliberalen Gegenkongress Anfang der 30er Jahre der Volkswirtschaftler Wilhelm Gerloff, die „Schaffung eines sich in Produktion und Konsumtion selbst genügenden Wirtschaftsgebietes, das jedoch auf so große Räume und so reiche Hilfsquellen gestellt ist, dass es allen wirtschaftlichen und kulturellen Daseinsbedingungen seiner Mitglieder genügen kann...“ (Gerloff 1932, 13).

Dass dies keineswegs bloß eine durch ideologische Gegnerschaft motivierte Zuschreibung war, geht aus der politisch-ökonomischen Strategie und Weichenstellung der Nazis hervor. Werner Daitz, einer der obersten „Wirtschaftsführer“ der NSDAP, formulierte die autarkistische Tendenz des Nationalimperialismus ausdrücklich gegen das „jüdisch-materialistische Denken liberaler Wirtschaftswissenschaftler“, deren „unvölkisches Gelddenken“ die deutsche Wirtschaft in die „Weltwirtschaft“, also in „Freihandel und internationale Arbeitsteilung“ geführt habe, zu ihrem Schaden im Weltkrieg und in der Weltwirtschaftskrise. Daitz setzt dieser wirtschaftsliberalen Weltmarktorientierung die autarkistische Programmatik der Nazis für ein autonomes Nationalimperium entgegen: „Die Entdeckung neuer freier Räume und ihre Besiedlung (Kolonisation) ... bedeutet nur dann eine Stärkung der Wachstums- und Lebenskräfte der heimatischen Volkswirtschaften, wenn sie ihrer Disziplin und ihrem Machtbereich nicht entgleiten... Jede Volksgemeinschaft muss ihre Wirtschaftsführung so disziplinieren, dass sie die eiserne Ration an Nahrungsmitteln und gewerblichen Rohstoffen stets innerhalb ihrer Mauern hat“ (Daitz 1938 I, 64 f.).

In diesem autarkistischen Sinne definiert er auch die vom Nazi-Reich anzustrebende europäische „Großraumwirtschaft“ unter deutsch-völkischer Kontrolle: „Kontinentaleuropa kann sich ... unter den übrigen Erdteilen als wirtschaftliche und kulturelle Einheit nur selbst behaupten, wenn es aus der eigenen Kraft seiner Völker und seines Raumes im Notfall allein leben kann. Deshalb muss Kontinentaleuropa als raumpolitische Einheit von Gibraltar bis zum Ural und vom Nordkap bis zur Insel

Zypern reichen. Nur in diesem Raum sind alle Möglichkeiten an landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Erdschätzen vorhanden, die mit Hilfe einer hochentwickelten Technik den Völkern dieses Raumes bei entsprechender Zusammenarbeit ein Leben aus eigener Kraft ermöglichen“ (Daitz 1938 II, 45 f.).

Dabei handelte es sich keineswegs um ein bloßes Fernziel oder einen Traum der Nazi-Strategen, sondern zum Zeitpunkt des Rasonnements von Daitz bereits um eine knallharte reale Wirtschafts- und Außenpolitik, die vom Management der deutschen Konzerne aus klaren Eigeninteressen heraus im wesentlichen gebilligt und unterstützt wurde, wie die einschlägige Zeitgeschichtsschreibung feststellt: „Die von Hitler getroffene Entscheidung, ohne Rücksicht auf Kostendeckung in den Sektoren Brennstoffversorgung und Eisenproduktion sowie synthetischer Gummiherstellung (Buna) eine 100%ige Autarkie binnen vier Jahren zu erreichen, wurde von den führenden Wirtschaftsvertretern einerseits aus Profitinteressen, andererseits wegen der Schwierigkeiten, den Weltmarkt binnen kürzester Frist zu reorganisieren, gutgeheißen. Die ohnehin an staatlichen Protektionismus seit 1879 gewöhnte Eisen-, Kohle- und Stahlindustrie vermochte ihre kontinentale Hegemonie weiter auszubauen, im Weltmaßstab war sie ohnehin nicht konkurrenzfähig, und zielte in ihren politischen Ambitionen fortan, analog zu den Friedensplänen der Alldeutschen im Ersten Weltkrieg, auf einen deutsch beherrschten mitteleuropäischen Großwirtschaftsraum“ (Martin 1989, 203).

Die Autarkiepolitik der Nazis setzte also nur die bereits vor dem Ersten Weltkrieg angelegte, nationalimperial bestimmte Tendenz fort. Dieser Logik folgte aber nicht allein das Deutsche Reich etwa aufgrund seiner besonderen nationalpolitischen Entwicklung seit dem Kaiserreich. Ein ähnliches autarkistisches Denken für nationalimperiale „Großraumwirtschaften“ findet sich vielmehr sowohl in der Vor- als auch in der Zwischenkriegszeit in allen Ländern des kapitalistischen Zentrums, wenn auch sicherlich im angelsächsischen Bereich nicht derart ausgeprägt wie bei den Nazis.

Der wirklichen Sachlage und dem vorherrschenden imperialen Diskurs gemäß hatte Lenin in seiner berühmten Schrift „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ (1917) das nationalimperiale Bestreben wesentlich als territoriale Annektionspolitik bestimmt: „Jetzt sehen wir, dass ... ein ungeheurer ‚Aufschwung‘ der kolonialen Eroberungen beginnt und der Kampf um die territoriale Aufteilung der Welt sich im höchsten Grade verschärft... Die Jagd aller kapitalistischen Staaten nach Kolonien gegen Ende des 19. Jahrhunderts und besonders seit den achtziger Jahren ist eine allbekannte Tatsache in der Geschichte der Diplomatie und der Außenpolitik... Für den Imperialismus ist ... das Bestreben charakteristisch, nicht nur agrarische Gebiete, sondern sogar höchst entwickelte Industriegebiete zu annektieren (Deutschlands Gelüste auf Belgien, Frankreichs auf Lothringen), denn erstens zwingt die abgeschlossene Aufteilung der Erde, bei einer Neuaufteilung die Hand nach jedem beliebigen Land auszustrecken, und zweitens ist für den Imperialismus wesent-

lich der Wettkampf einiger Großmächte in ihrem Streben nach Hegemonie, d.h. nach der Eroberung von Ländern, nicht so sehr direkt für sich als vielmehr zur Schwächung des Gegners und Untergrabung seiner Hegemonie...“ (Lenin 1970/1917, 82 f., 97).

Auch wenn Lenins Analyse von einem arbeitervorbewegungsmarxistisch beschränkten und verkürzten Begriff des Kapitals ausgeht, der eine falsche Gegenüberstellung von Konkurrenz- und sogenanntem Monopolkapitalismus impliziert, so trifft er mit seiner Charakterisierung des Imperialismus als polyzentrischer nationaler Annexionspolitik durchaus die tatsächliche Erscheinungsform der damaligen weltkapitalistischen Entwicklung. Diese Epoche, die 1945 zu Ende gegangen ist, war aber eben noch keineswegs das „letzte und höchste Stadium des Kapitalismus“, das Lenin zeitbedingt vor allem unter dem Aspekt weniger einer kategorialen Krise der ökonomischen Formen, als vielmehr des politischen Zusammenbruchs der bisherigen weltkapitalistischen Konstellation sah.

Solange sich die USA noch im Windschatten der polyzentrisch um die Welthege- monie kämpfenden europäischen Großmächte entwickelten, also im 19. und im frühen 20. Jahrhundert, folgten sie ebenfalls der Logik einer nationalimperialen „Ausdehnungsmacht“. Schon 1823 hatte der damalige US-Präsident James Monroe die nach ihm benannte Doktrin verkündet, wonach die USA keine europäische Intervention auf amerikanischem Boden dulden wollten. Die Monroe-Doktrin, die den latein-amerikanischen Unabhängigkeitskampf gegen Spanien zum Hintergrund hatte und die USA zur selbsternannten „Schutzmacht“ des südlichen Teilkontinents machte, wurde geradezu ein Präzedenzfall; nicht umsonst berief sich noch Carl Schmitt in seiner Schrift über „Großraumordnung und Interventionsverbot“ darauf. Auch die nationalimperiale direkte Annexionspolitik war den USA nicht fremd: 1848 rissen sie sich nach dem erfolgreichen Krieg gegen Mexiko Texas, New Mexico und Kalifornien mitsamt den dortigen Goldfeldern unter den Nagel; 1898 annektierten sie im Krieg gegen Spanien die Philippinen, die (nach der japanischen Besetzung im Zweiten Weltkrieg) erst 1946 in die staatliche Unabhängigkeit entlassen wurden.

Schon in der Epoche von „Wirtschaftswunder“ und Kaltem Krieg, in der die USA zur alleinigen Führungsmacht des westlichen Kapitalismus aufstiegen, änderte sich jedoch die Sachlage grundsätzlich. Unter dem Dach der Pax Americana machte der Status der Weltmacht zusammen mit der Entwicklung des Weltkapitals eine entscheidende Metamorphose durch, in der die alte nationalimperiale Expansionspolitik obsolet zu werden begann. Als erste Weltmacht im buchstäblichen Sinne konnten die USA keine territoriale „Ausdehnungsmacht“ mehr sein, und das galt eine Etage tiefer auch für die nunmehr abhängigen, als Vormächte abgetakelten europäischen Nationalstaaten. Diese grundsätzliche Metamorphose war vor allem durch zwei Momente bestimmt, ein politisch-militärisches und ein ökonomisches.

Zum einen war der Kalte Krieg mit der Gegenweltmacht der „nachholenden Modernisierung“ von vornherein nicht mehr im Stil einer nationalökonomisch fundier-

ten territorialen Kontrolle über ein partikulares „Weltreich“ zu führen, sondern nur als langfristige strategische Orientierung in einem unmittelbar globalen Maßstab. Als „Weltpolizist“ mit dem selbst gegebenen Auftrag, das staatskapitalistische Gegenimperium und „Reich des Bösen“ (Reagan) niederzuringen, musste der US-Imperialismus gewissermaßen zum „ideellen Gesamtimperialisten“ werden, also auf einer Meta-Ebene jenseits der bloß nationalen Expansion operieren.

Es ging insofern nicht um eine neue Konstellation innerhalb der alten Logik der Konflikte, sondern um einen transitorischen Charakter des Konflikts selbst. Schon der Ausdruck „Weltpolizist“, ursprünglich wohl in einem kritischen Sinne gemeint, verweist ja ungewollt darauf, dass es dabei um die Option eines militärisch gestützten globalen Kontrollmonopols jenseits der nationalökonomischen Grenzen ging statt um deren Hinausschieben als Erweiterung des eigenen Territoriums.

Auf dieser Ebene war also nicht mehr der Gedanke eines eigenen imperialen „Großraums“ und einer dazugehörigen „Großraumwirtschaft“ bestimmend, sondern die globale Absicherung der kapitalistischen Produktionsweise als solcher. Die USA wurden insofern gewissermaßen zur weltweiten „Schutzmacht“ des Kapitals überhaupt, wobei dieses nur in seiner westlichen, privat- und konkurrenzkapitalistischen Form akzeptiert wurde und die östlich-südlichen Varianten des Staatskapitalismus als feindliches Störprinzip erschienen.

Der Drang ging dahin, den eisernen Vorhang zu durchbrechen und die gesamte Welt für den privatkapitalistischen Zugang (welcher Nationalität auch immer) zu „öffnen“, also ein einheitliches kapitalistisches Weltssystem herzustellen. In diesem Sinne gründeten die USA 1949 die NATO, deren Organisationsrahmen dazu diente, die zweit- und drittrangig gewordenen europäischen Nationalstaaten direkt in die strategischen Operationen der weltkapitalistischen US-„Schutzmacht“ einzubinden und sie als „Flugzeugträger“ der US-Army zu benutzen.

Weil aber dieser Weltmacht-Status den Charakter eines „ideellen Gesamtimperialisten“ implizierte und nicht mehr unmittelbar identisch sein konnte mit einem nationalimperialen Expansionsinteresse, machte sich der Widerspruch zwischen den USA als Nationalstaat und den USA als Weltmacht neuen Typs durch zunehmende Reibungsverluste bemerkbar. Zwar verwenden die USA bis heute für ihr globales Vorgehen als „Weltpolizist“ gewohnheitsmäßig und geradezu unschuldig den Begriff des „nationalen Interesses“, und sie nutzen ihre Weltmachtposition, die Rolle des Dollar als Weltgeld etc. natürlich auch weidlich für sich selbst aus, wo es nur möglich ist. Trotzdem waren der im Verlauf des Kalten Krieges erlittene Verlust jener am Ende des Zweiten Weltkriegs erreichten absoluten ökonomischen Übermacht, der Rückgang des nationalen Weltmarktanteils, das relative Zurückfallen in der industriellen Produktivität und schließlich die exorbitante Innen- und Außenverschuldung zu großen Teilen auf die kapitalistisch unproduktive Last des politisch-militärischen „Weltmachtkonsums“ zurückzuführen.

Dieser Sachverhalt ist mehrfach beschrieben und beklagt worden, zuletzt wieder von Paul Kennedy, der dabei Analogien zu den früheren Vormächten der Modernisierungsgeschichte seit dem 16. Jahrhundert aufmacht (Kennedy 1991/1987). Die Rolle als „Weltpolizist“ oder „ideeller Gesamtimperialist“ blieb daher in den außen- und gesellschaftspolitischen Debatten der USA stets umstritten; aber gleichzeitig waren diese durch die weltkapitalistische Entwicklung gewissermaßen zu dieser Rolle verdammt.

Zum ändern wurde die alte nationalimperiale Annexionspolitik aber nicht nur durch die äußerliche weltpolitische Konstellation des Kalten Krieges und seiner bipolaren Machtstruktur obsolet, sondern auch durch den inneren ökonomischen Prozess der kapitalistischen Produktionsweise selbst – wofür allerdings die weltumspannende politische Vereinheitlichung des Privatkapitals durch die Supermacht USA durchaus eine Rahmenbedingung bildete. Denn unter dem Dach der Pax Americana wurde der bereits von Lenin und Rudolf Hilferding als neues Strukturmerkmal des Kapitals ausgerichtete Kapitalexport überhaupt erst in einem großen Maßstab real.

Lenin hatte den Kapitalexport (im Unterschied zum bloßen Warenexport) noch in der alten Konstellation der nationalökonomisch zentrierten „Ausdehnungsmächte“ gesehen. Aber auf diesem Entwicklungsniveau des Weltkapitals konnte der Kapitalexport noch gar kein relevantes Ausmaß annehmen. Bis 1913 expandierte zwar der Welthandel unter den kapitalistischen Nationalökonomien stetig, aber die Auslandsinvestitionen (vor allem in Sachkapital) blieben fast ganz auf die eigenen nationalen Kolonien oder Einflusszonen beschränkt, also auf den jeweiligen nationalimperialen „Großraum“. Im polyzentrischen Kampf der europäischen Großmächte um die kapitalistische Hegemonie war gar nichts anderes möglich.

Im Rahmen der Pax Americana nach dem Zweiten Weltkrieg dagegen wurde nicht nur das politische Weltsystem unter den bipolaren „Systemkonflikt“ zwischen Privat- und Staatskapitalismus subsumiert, sondern gleichzeitig die westliche Hemisphäre bereits monozentrisch ausgerichtet. Unter der politischen Glocke dieses Monozentrismus wurde überhaupt erst die Bedingung für ein rapides Anwachsen des Kapitalexports geschaffen: nämlich die Möglichkeit, innerhalb der entwickelten industriekapitalistischen Länder selber Kapital in einem nie dagewesenen Umfang zu exportieren, also große Produktionsunternehmen im früheren „Feindesland“ zu eröffnen. Pax Americana bedeutete in dieser Hinsicht nichts anderes, als dass sich die in diesem Rahmen entstehenden multinationalen Konzerne (Multis) allmählich gegen ihren nationalökonomischen Zusammenhang zu verselbständigen begannen. Damit wurde schon die Krisenstruktur eines neuen Widerspruchs von Einzelkapital einerseits und Nationalökonomie bzw. Nationalstaatlichkeit andererseits in ersten Konturen sichtbar.

Vom nationalen „Gutmenschen“-Pazifismus zum globalen Interventions-Bellizismus

Im Prozess der betriebswirtschaftlichen Globalisierung machte die Ideologie des zum „ideellen Gesamtimperialisten“ gewordenen US-Imperialismus eine eigenartige Metamorphose durch, die dem Status der USA gemäß zur westlich-privatkapitalistischen Gesamtideologie mutierte. In den USA hatte es gegen die alte nationalimperiale Annexionspolitik stets eine idealistische „Gutmenschen“-Opposition gegeben, die sich aus den demokratischen Illusionen über den Charakter des Kapitalismus speiste und das bürgerliche Ideal (ein Kantischer „ewiger Friede“ zwischen den Handel treibenden Nationen) gegen die damalige kapitalistische Wirklichkeit (nationalimperialistische Raubkriege) einklagte. Dieser ursprünglich antiimperialistische Pazifismus entpuppte sich in der Nachkriegsgeschichte allmählich als neue imperialistische Legitimation für die veränderte Rolle der USA als „Weltpolizist“.

War diese Ideologie nämlich in der alten Konstellation grundsätzlich „isolationistisch“ gewesen, also gegen eine äußere Interventionspolitik der USA gerichtet, so konnte sie in der neuen Konstellation mit den USA als alleiniger Vormacht des Westens plötzlich umgekehrt selber als Rechtfertigung von Interventionen fungieren. Denn nun ging es ja nicht mehr in erster Linie um die Ausdehnung des vom nationalen US-Imperialismus definierten „Großraums“, sondern um die globale Erhaltung und Ausdehnung des privatkapitalistischen, wirtschaftsliberalen „Prinzips“ und seiner demokratischen Legitimationsmuster. Das bürgerliche Ideal konnte in diesem Sinne mit der immer noch unfriedlichen kapitalistischen Wirklichkeit scheinbar zur Deckung gebracht werden, weil es nun nicht mehr so sehr um allzu durchsichtige nationale Raubinteressen ging, sondern um die angebliche Erhaltung und Durchsetzung des „demokratischen Weltfriedens“ gegen sogenannte „undemokratische Friedensfeinde“; in der bipolaren Supermachtstruktur zunächst definiert als das „totalitäre“ östliche „Reich des Bösen“ und dessen Vasallen.

Die neue Weltmachtrolle der USA konnte also mit einem fast schon religiösen Sendungsbewusstsein aufgeladen werden: Die westliche Supermacht mutierte zum globalen Propagandisten und geradezu Missionar der privat- und konkurrenzkapitalistischen Produktions- und Lebensweise einschließlich ihrer kulturellen Komponenten („American Way of Life“). In diesem Sinne hatte Präsident Truman bereits 1947 die nationalimperial beschränkte Monroe-Doktrin verworfen und mit der „Truman-Doktrin“ die angebliche Hilfe der USA für die „in ihrer Freiheit bedrohten freien Völker“ beschworen, die den Interventionismus auf einer Meta-Ebene des Weltsystems jenseits bloß nationaler Ausdehnungsinteressen implizierte.

Truman operierte dabei nicht im ideologisch luftleeren Raum. Er setzte nur den Geist jener im alten, ursprünglich antiinterventionistischen US-Idealismus wurzelnden demokratischen „Völkergemeinschafts“-Ideologie fort, wie sie außenpolitisch

schon US-Präsident Woodrow Wilson (1856–1924) in seinem Vierzehn-Punkte-Plan von 1918 als Vorgriff auf die spätere US-Meinungsführerschaft formuliert hatte.

In diesem idealisierenden Konstrukt, wie es der harmonistischen Weltanschauung der traditionellen demokratischen Mittelklassen entspricht, wird der brutale Konkurrenz- und Überlebenskampf auf dem Weltmarkt feierlich in die friedliche Zusammenarbeit einander wohlwollender und durch „Volkssouveränität“ legitimierter Staaten undefiniert; eine durch und durch verlogene Interpretation der kapitalistischen Weltrealität, die sowohl bei der von Wilson angeregten Gründung des sogenannten Völkerbunds (1920) als auch bei dessen Erneuerung als sogenannte Vereinte Nationen (UNO) am Ende des Zweiten Weltkriegs Pate gestanden hat.

Dass sich die Sowjetunion als Gegenweltmacht der „nachholenden Modernisierung“ in die eindeutig von den westlichen Ländern unter Führung der USA beherrschte UNO eingliedern ließ, war nur die folgerichtige politische Entsprechung der ökonomischen Tatsache, dass der Staatskapitalismus als warenproduzierendes System naturgemäß Teilnehmer am Weltmarkt sein und sich dessen Kriterien anbequemen musste. Mit dem Zusammenbruch der Gegenweltmacht nach 1989 und dem Einrücken der USA in die Position der letzten Weltmacht hat sich deren Rolle als „ideeller Gesamtimperialist“ eines nunmehr planetarisch vereinheitlichten kapitalistischen Weltsystems noch einmal verändert.

Trotz allen Ableugnens, aller Schönfärberei und Hoffnungsmacherei bilden die schleichende Weltkrise und die darin eingeschlossene Globalisierung des Kapitals den Hintergrund dafür, dass die nunmehr wirklich universell gewordene Pax Americana alles andere als eine befriedete Welt hervorbringt. Weit davon entfernt, im Sinne der universellen kapitalistischen Herrschaft überflüssig zu werden, ist seither die Bedeutung der USA als „Weltpolizist“ eher noch gestiegen, wie schon die beiden Weltordnungskriege der 90er Jahre gezeigt haben. Jetzt geht es freilich nicht mehr gegen eine klar definierte vermeintliche Gegenmacht, sondern auf Biegen und Brechen um den Erhalt des einheitlichen kapitalistischen Weltsystems, obwohl dieses global den größten Teil der Menschheit nicht mehr reproduzieren kann. Mit anderen Worten: Der Kampf des „Weltpolizisten“ und seiner europäischen Hilfssheriffs gegen die Krise der kapitalistischen Kategorien selbst nimmt zwangsläufig den Charakter eines Feldzugs gegen Gespenster oder fast schon im Stil von Don Quichotte gegen Windmühlenflügel an.

In dieser globalisierten Auseinandersetzung mit den Dämonen der kapitalistischen Weltkrise verblasst das Muster der alten nationalimperialen „Ausdehnungsstaaten“ noch mehr als schon während des Kalten Krieges. Auch diese weitergehende Metamorphose hat wieder ein politisch-militärisches und ein ökonomisches Moment. Noch weitaus stärker als bei der strategischen Einschnürung des staatskapitalistischen Systems ist im hoffnungslosen Kampf um eine „Befriedung“ des kapitalistischen Weltkrisenprozesses jede nationalzentrierte „Geopolitik“ sinnlos und kontraproduktiv ge-

worden. Die Welt ist sowieso vom Kapital supranational vereinheitlicht, aber unter der dünnen Hülle des gemeinsamen Weltsystems schwellt die Krise und führt mal hier, mal dort zu katastrophalen Eruptionen. Sowohl politisch als auch militärisch ist nur noch eine Strategie der weltweiten „flexiblen Intervention“ durch Krisen- und Reisediplomatie ebenso wie durch „mobile Eingreiftruppen“ und gezielte Luftschläge angesagt.

Dem entspricht gleichzeitig die krisenökonomische Metamorphose des Kapitals zu einer unmittelbar betriebswirtschaftlichen Globalisierung über den bloßen Kapitalexport hinaus. Wo die große Masse der „Hände“ kapitalistisch unbrauchbar geworden ist, kann die „Aneignung“ von Territorien und ihren Bevölkerungen nicht einmal mehr in den gierigsten Träumen eine Option zusätzlicher Akkumulationschancen eröffnen; territoriale Annexionen machen in der kapitalistischen Logik endgültig keinen Sinn mehr und könnten von vornherein nur noch eine Last statt ein Gewinn sein. In demselben Maße, wie die betriebswirtschaftliche Reproduktion des Kapitals und der Nationalstaat auseinander treten, erlaubt das transnational über den ganzen Globus (allerdings mit höchst unterschiedlicher Dichte) gestreute Finanz- und Sachkapital überhaupt keine nationalzentrierte kapitalistische Strategie der Expansion mehr.

Dieser neuen Weltlage entsprechend wurde die im Kalten Krieg entwickelte (ursprünglich im pazifistischen US-„Gutmenschentum“ wurzelnde) westliche Interventions-Ideologie von „freedom and democracy“ in Windeseile auf den paradoxen globalen „Befriedungskrieg“ der NATO unter Führung der USA umgepolt. So interpretiert der gegenwärtig hegemoniale liberaldemokratische Diskurs die Reaktionen des Westens auf die von seinem eigenen „objektiven“ Wirtschaftsterrorismus verursachte globale Krise mit dem Phrasen-Repertoire derselben demokratischen Quacksalberphilosophie, wie sie schon die vorherige Epoche gekennzeichnet hatte.

In Europa ist der idealistische Pazifismus der „Gutmenschen“-Friedensbewegung innerhalb weniger Jahre folgerichtig in einen global orientierten Interventions-Bellizismus umgeschlagen. Damit wiederholen die linksbürgerlichen europäischen „Gutmenschen“ nur jene Wendung und Metamorphose ihrer US-amerikanischen Vettern, die sich schon seit Wilsons Zeiten entwickelt hatte. Der innerkapitalistische ideologische Gegensatz von nationalimperialen, interventionistischen Interessenpolitikern und antiinterventionistischen Idealisten fällt in der Weltkrise endgültig in sich zusammen: Gnadenloser Systemerhalt, kapitalistische Selbstbehauptung um jeden Preis und demokratisch-idealistische Phrase werden im „Weltpolizeidenken“ gegen die scheinbar aus den Abgründen der Geschichte aufgetauchten Ausgeburten der Krise unmittelbar identisch.

Die westlichen Strafexpeditionen in die nach dem Epochenbruch von 1989 ins Chaos versunkene kapitalistische Peripherie werden in diesem Geiste als legitime Aktionen der „internationalen Gemeinschaft“, der „demokratischen Völkergemeinschaft“ etc. dargestellt. Systematisch lügt sich der demokratische Weltkonsens darüber

hinweg, dass die wunderbare Weltmarktwirtschaft selbst der Schoß ist, der zusammen mit den Krisen und Zusammenbrüchen der sozialökonomischen Reproduktion auch jene „Unfriedlichkeit“ gebiert, gegen die dann das freundliche Herrenmenschentum eben dieser Weltmarktwirtschaft mit triefendem Idealismus und Flächenbombardements zu Felde zieht. Die Unwahrheit dieser Legitimation zeigt sich schon allein daran, dass sie mit einer hysterischen Kreuzzugsstimmung einhergeht, die über die demokratisch-kapitalistischen Medien unisono angeheizt wird, als stünden sie allesamt unter dem Befehl eines allmächtigen Zensors.

Die NATO als supranationale Verlängerung des „ideellen Gesamtimperialisten“

Die NATO bildet den politisch-militärischen Rahmen der Pax Americana und der in dieser Epoche beginnenden krisenhaften Globalisierung des Kapitals. In diesem Bezugsfeld musste sie sich von vornherein grundsätzlich von den früheren imperialen Bündniskonstellationen unterscheiden. Weder konnte es sich um ein bloß äußerliches Verhältnis von Vormacht und Vasallen im traditionellen imperialen Sinne handeln, noch um ein mehr oder weniger gleichrangiges Bündnis nationalimperialer Mächte. Vielmehr verlangte der widersprüchliche Doppelstatus der USA als Nationalstaat bzw. Nationalökonomie einerseits und als „ideeller Gesamtimperialist“ andererseits eine analoge Metamorphose der sekundär gewordenen europäischen Staaten des kapitalistischen Zentrums mit einem ähnlich widersprüchlichen Charakter: Einerseits können sie wie die USA nicht aufhören, Nationalstaaten zu sein; andererseits müssen sie sich doch in die neue Struktur eines globalen Kontrollanspruchs eingliedern, ohne direkt zu einem Bestandteil der USA werden zu können.

Auf diese widersprüchliche Weise wurde die NATO über die bloß militärische Funktion hinaus zur gesamtwestlichen politischen Instanz, um die europäischen Staaten des kapitalistischen Zentrums am hegemonialen System des neuen „ideellen Gesamtimperialisten“ zu beteiligen und sie gewissermaßen in dieses System einzuschmelzen, also sie aus bloß zweitrangigen „Mächten“ alten Typs selber zu integralen Bestandteilen eines gemeinsamen „ideellen Gesamtimperialismus“ zu machen. Die Alternative ist jetzt nicht mehr diejenige zwischen einem unabhängigen Status als alte nationalimperialische Macht und einem Vasallenstatus gegenüber der Supermacht USA, sondern diejenige zwischen einem gewichtigeren oder geringeren Status innerhalb der NATO als politischer und legitimatorischer Verlängerung der US-Welthegeemonie neuen Typs.

Die NATO erweist sich so einerseits als ein tatsächlich supranationales Gebilde eines gesamtimperialistischen Kontrollanspruchs gegenüber einer Welt betriebswirtschaftlicher Globalisierung und gleichzeitig krisenhaften Zerfalls. Andererseits ist sie

gar nicht denkbar ohne den weiterhin nationalstaatlich zentrierten und kontrollierten Hightech-Gewaltapparat der USA, dessen Konkurrenzlosigkeit die US-Hegemonie innerhalb des widersprüchlichen weltimperialen Gesamtkunstwerks aufrecht erhält. In einer barbarischen Ordnung hat in letzter Instanz immer derjenige das Sagen, der den größten Knüppel bereit halten kann. Und im Rahmen kapitalistischer Kriterien und kapitalistischer Technologie wird Europa nie mehr den größten Knüppel haben können.

Das bürgerliche europäische Raisonement urteilt darüber sehr lapidar und nüchtern, etwa im „Handelsblatt“: „Eine europäische Sicherheitsidentität ist grundsätzlich sinnvoll, derzeit aber nicht realisierbar. Hierfür nötige Rüstungsprogramme können nicht finanziert werden... Die jüngste Kosovo-Intervention hat erneut offenbart, wie sehr die Europäer den USA unterlegen sind, wenn es darum geht, militärische Macht jenseits der eigenen Landesgrenzen zur Geltung zu bringen. Fast 80 % aller Kampfeinsätze und 90 % der verwendeten Bomben und Raketen gingen auf das Konto der USA. Selbst vor ihrer eigenen Haustür konnten die Europäer nur einen marginalen Beitrag zum Niederringen einer drittklassigen Militärmacht leisten... Solange die USA ein verlässlicher Sicherheitspartner bleiben, sollte keine europäische Rüstungspolitik auf Kosten der Haushaltskonsolidierung betrieben werden“ (Wolf 1999).

In der Tat sind die europäischen Staaten des kapitalistischen Zentrums weder jeweils für sich allein noch gemeinsam in größerem Maßstab militärisch interventionsfähig. Dafür fehlen schlichtweg die militärischen Mittel wie strategische Bomberflotten, Flugzeugträger und Lenkwaffenarsenale; nicht nur von der Menge, sondern auch vom technologischen Niveau her. Befindet sich etwa die BRD in dieser Hinsicht heute ungefähr auf dem Niveau eines globalen Dorfpolizisten, so geht es Großbritannien und Frankreich trotz der Erfahrung postkolonialer Kriege und damit bis heute verbundener militärischer Ansprüche kaum besser. Im absurden Falklandkrieg konnten sich die Briten gerade noch gegen die argentinische Marine behaupten; und die diversen französischen Mini-Interventionen in Afrika verdienen kaum das Prädikat des Militärischen. Die französische Presse spottete über das Desaster des Nuklear-Flugzeugträgers „Charles-de-Gaulle“, der schon havarierte, kaum dass er in Dienst gestellt war, und mühsam von seinem bereits ausrangierten Vorgänger „Clemenceau“ abgeschleppt werden musste.

Stellt man in Rechnung, dass innerhalb der EU 60 bis 70 Prozent aller für militärische Entwicklung und Beschaffung aufgewendeten Mittel allein auf Großbritannien und Frankreich entfallen, lässt sich der geringe europäische Spielraum für ein Rüstungs- und Interventionsprogramm ermessen. Die BRD rangiert rüstungspolitisch eindeutig unter „ferner liefen“. Kein Wunder, dass die geplante EU-Streitmacht schon im Vorfeld als „Papier-Truppe“ bezeichnet wird.

Eine grundsätzliche Veränderung des militärischen Kräfteverhältnisses, wenn sie denn gewollt wäre, ist tatsächlich auch finanziell schlichtweg utopisch. Es wäre der ökonomische Ruin, wollte die EU in einem rüstungspolitischen Kraftakt (wofür sie

überdies politisch niemals genug vereinheitlicht werden könnte) mit dem Militärpotential der USA gleichziehen. Nirgendwo sind Faktoren ersichtlich, wie die dafür nötige Umkehr der globalen Kapitalströme bewerkstelligt werden sollte; und gelänge dies trotzdem, würde die Weltwirtschaft erst recht zerrüttet und das ohnehin fragile Gebäude des globalen Finanzkapitalismus zum Einsturz gebracht.

Die vorherrschende politische Meinungsbildung macht sich auch gar keine Illusionen, dass das gegenwärtige Kräfteverhältnis noch einmal geändert werden könnte: „Eine grundsätzliche Verschiebung der Gewichte zeichnet sich nicht ab... Europas ökonomische Basis für eine eventuelle Herausforderung der USA und ihrer Weltordnungskonzepte ist ... nicht verbreitert worden, sie hat sich verringert... Im militärischen Bereich tritt die transatlantische Diskrepanz noch deutlicher zu Tage. So haben die europäischen NATO-Staaten in den vergangenen fünf Jahren etwa nur halb so viel für militärische Beschaffung ausgegeben wie die USA. In Forschung und Entwicklung hat sich die Lücke noch weiter vergrößert“ (Wolf 2001). Aber dies sind sowieso nur hypothetische Überlegungen, denn abgesehen davon existiert ja auch gar kein ökonomisch-„materialistischer“ Beweggrund für territoriale Annexions- und „Einfluss“-Strategien im Rahmen eines innerimperialistischen Großkonflikts mehr.

Das heißt nicht, dass es keinerlei europäische Profilierungsversuche gegenüber der letzten Weltmacht USA geben würde, die allerdings im Zweifelsfall eher von Frankreich als von der BRD ausgehen. Aber dabei handelt es sich um ein bloßes Kompetenzgerangel oder um „Dezernatskämpfe“ innerhalb der Hackordnung des „ideellen Gesamtimperialismus“ unter unzweifelhafter US-Hegemonie, nicht um das Geltendmachen eines eigenständigen imperialen Anspruchs. Auch ökonomische und vor allem handelspolitische Widersprüche zwischen der EU und den USA werden immer wieder ausgetragen, ohne dass dabei aber jemals ernsthaft das gemeinsame globale Dach der Pax Americana in Frage gestellt würde.

John C. Kornblum, bis 2001 US-Botschafter in der BRD, bringt die kapitalistische Unvermeidlichkeit der in der NATO verkörperten Allianz wie deren Problem in einem Atemzug zum Ausdruck: „Die Angst, Europäer und Amerikaner würden sich in miteinander konkurrierende Lager aufspalten, ist unbegründet. Europa und die Vereinigten Staaten sind so stark aneinander gebunden, dass ein Bruch nicht vorstellbar ist... Was ist in der gegenwärtigen Situation so besonders? Selten zuvor hat eine neue amerikanische Regierung die Amtsgeschäfte in einer solch unstillen Zeit übernommen. Und selten zuvor spürten Europäer und Amerikaner gleichermaßen eine solche Hilflosigkeit angesichts dieses weltweiten Durcheinanders“ (Kornblum 2001). Die „unstete Zeit“ und das „weltweite Durcheinander“, eine ebenso begriffslose wie larmoyante Formulierung für das Zerbrechen des modernen warenproduzierenden Systems an seinen eigenen Widersprüchen, macht die NATO nach dem Ende des Kalten Krieges erst recht zur Instanz des Gesamtimperialismus, hinter deren Räson alle Binnenkonflikte und Reibereien zurücktreten müssen.

Dies gilt auch für Streitpunkte wie die neuerliche unmotiviert Bombardierung des Irak durch die USA unter der neuen Führung des ultrakonservativen Präsidenten Bush, Washingtons Pläne für eine „nationale Raketenabwehr“ (NMD) oder umgekehrt das Projekt einer gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Wenn dabei jedesmal von „Irritationen“ im Verhältnis zwischen den USA und der EU gesprochen wird, deutet dieser Begriff einer eher schwachen Differenz mehr auf den objektiven Zwang zur gesamtimperialen Herrschaftspolitik als auf ein Zerreißen dieses Zusammenhangs hin.

Alle Spekulationen, dass solche wechselseitigen „Verstimmungen“ der Anfang eines grundsätzlichen Umbruchs in der kapitalistischen Weltkonstellation sein könnten, entbehren jeder Grundlage: „Mit diesen an der Tagespolitik orientierten Überlegungen verkennen die Skeptiker ... die grundlegende Bedeutung struktureller Faktoren, die über den Tag hinauswirken und eindeutig für die Fortsetzung der transatlantischen Partnerschaft sprechen. Zwar wird es immer wieder Irritationen geben, dauerhafte Konflikte oder gar eine weltpolitische Rivalität werden daraus aber nicht erwachsen“ (Wolf 2001).

Die Verstimmungen, sogenannten Irritationen, Profilierungsversuche und Eigenmächtigkeiten verweisen zwar auf die Weiterexistenz der für das Kapitalverhältnis unaufhebbaren nationalstaatlichen Form mit ihrer Eigenlogik und damit gleichzeitig auf die Widersprüchlichkeit in der Struktur des „ideellen Gesamtimperialismus“; dieser hat aber dennoch als solcher irreversibel die supranationale Gestalt der NATO angenommen. Diese Unhintergebarkeit der NATO als gesamtwestliche Interventionsmacht unter Führung der USA entspricht auch den dominierenden Kapitalinteressen, die ja im Zuge von Krise und Globalisierung ebenfalls direkt transnational geworden sind. So „stärkt die globale Integration der Märkte diejenigen, die von der Globalisierung profitieren und deshalb an zwischenstaatlicher Zusammenarbeit interessiert sind. Dies gilt vor allem für transnationale Konzerne sowie Anleger von Finanzkapital“ (Wolf 2001). Übersetzt man die euphemistische Formel von der „zwischenstaatlichen Zusammenarbeit“ in diejenige eines „gesamtimperialen Weltordnungskriegs“, so ist damit der reale Hintergrund der heute dominierenden Kapitalinteressen benannt. Sollten sich die Widersprüche auf der Ebene des Weltsystems dramatisch zuspitzen, so ist viel eher mit unkontrollierten Alleingängen einer in Panik verfallenden US-Regierung als mit einer europäischen Herausforderung der USA zu rechnen.

Der gesamtimperiale und globalisierungs-ökonomische Zusammenhang gilt auch im engeren Sinne für die Rüstungsindustrie selbst, die ebenso wie die übrigen Kapitalien rasant in transnationale Strukturen hineingewachsen ist. Aus den einstmalig streng national ausgerichteten Waffenschmieden mit enger Anlehnung an den jeweiligen nationalen Staatsapparat und dessen territoriale Kontroll- und Expansionsansprüche sind großenteils „global players“ mit einer breit gestreuten betriebswirtschaftlichen

Diversifizierung geworden, die sich sowohl auf die USA als auch auf die EU (und teilweise auf den asiatischen Raum) bezieht. Im Rüstungssektor gibt es daher inzwischen ebenso wie in allen anderen Bereichen transkontinentale Überkreuz-Beteiligungen, „strategische Allianzen“, Fusionen und Übernahmen, wobei die US-Rüstungsindustrie klar dominiert.

So wurden etwa aus ökonomischen Gründen alle Weichen dafür gestellt, dass der staatliche spanische Rüstungskonzern Santa Bárbara Blindados (SBB) im Zuge seiner Privatisierung nicht an einen europäischen Rüstungskonzern fällt, sondern an den US-Rüstungsriesen General Dynamics, der über diesen Zukauf womöglich auch bei der Münchner Panzerschmiede Krauß-Maffei Wegmann (KMW) einsteigt; SBB baut den Leopard-Panzer von KMW in Lizenz. Umgekehrt will der europäische Luft- und Raumfahrtkonzern EADS (die Mutterfirma von Airbus) künftig Militärflugzeuge in den USA mit einem US-Partnerkonzern (Lockheed Martin oder Northrop) bauen, um an lukrative Aufträge des Pentagon heranzukommen. Inzwischen kooperiert EADS bereits mit Boeing bei der Raketenabwehr. Beschlossene Sache ist auch die Übernahme der deutschen Marinewerft HDW durch eine Mehrheitsbeteiligung des US-Finanzinvestors One Equity Partners (OEP), was als verdeckte Übernahme durch den US-Rüstungsriesen General Dynamics gilt. HDW baut und vermarktet seit Herbst 2002 gemeinsam mit der US-Rüstungsfirma Northrop Grumman U-Boote. Zwar gibt es Vorbehalte seitens der EU-Kommission, aber auf die Dauer, so ein deutscher Rüstungslobbyist, wird die gesamte europäische Rüstungsindustrie vom US-Beschaffungsmarkt abhängig sein und sich darauf durch transnationale Beteiligungen ausrichten müssen: „Ohne Amerika geht gar nichts“ (Wirtschaftswoche 40/2001).

Allen „Irritationen“ und Querschüssen der nationalen politischen Klassen zum Trotz wird die Transnationalisierung der Rüstungsindustrie innerhalb der westlichen kapitalistischen Zentren fortschreiten; schon gibt es auch Projekte eines transnationalen elektronischen Beschaffungsmarktes für die Rüstungs- und Flugzeugkonzerne.

Es existiert eben kein essentieller Grund für national oder selbst auf die EU beschränkte Rüstungsschmieden mehr; einschlägige Debatten und Vorbehalte sind nicht mehr strategisch und damit erstrangig bestimmt, sondern bewegen sich auf der Ebene des sekundären Kompetenzgerangels. Nicht nur von den allgemeinen ökonomischen Grundlagen des globalisierten Krisenkapitalismus her, sondern auch unmittelbar rüstungstechnisch und rüstungsökonomisch bildet die NATO eine gesamtimperiale Zugriffsmacht und ein gesamtkapitalistisches Weltordnungskonzept.

Der Begriff des „ideellen Gesamtimperialismus“, angelehnt an die Marxsche Formulierung vom Nationalstaat als dem „ideellen Gesamtkapitalisten“, verweist natürlich ebenso wie diese nicht etwa auf eine bloß „immaterielle“ Einflussnahme; vielmehr handelt es sich um einen umfassenden Apparat von Hightech-Gewalt und weltweiter politischer Intervention, der einen universell gültigen kapitalistischen Handlungsrahmen zu setzen versucht und in diesem Sinne einen ebenso universellen Kon-

trollanspruch erheben muss. Allerdings ist der globale „ideelle Gesamtimperialist“ viel mehr auf die politisch-militärische Ebene beschränkt, als es der nationalstaatliche einstige „ideelle Gesamtkapitalist“ war: Er fasst nicht die Kapitalien seines Machtbereichs in einem auch ökonomischen Ordnungsrahmen zusammen, sondern muss umgekehrt der enthemmten, jeden Ordnungsrahmen sprengenden Konkurrenz der Kapitalien gehorchen, auf die er nur noch äußerlich und ohne eigenständige wirtschaftspolitische Eingriffskompetenz reagieren kann.

Die NATO ist ebenso wenig wie die USA ein „Weltstaat“, der die alte nationale Staatsfunktion auf einer höheren, supranationalen Ebene übernehmen könnte. Sie ist eben nur der (erweiterte) „ideelle Gesamtimperialist“, also eine reine Instanz der Gewalt und politischen Pressure, keine Instanz einer umfassenderen Regulation. Somit kann die NATO den Widerspruch des globalen Krisenkapitalismus nicht lösen, sondern in ihrer eigenen widersprüchlichen Struktur als supranationales Gebilde unter der nationalstaatlichen Hegemonie der „letzten Weltmacht“ nur in periodischer Gewaltsamkeit zum Ausdruck bringen.

Auf den ersten Blick könnte dieser monozentrische „ideelle Gesamtimperialismus“ des beginnenden 21. Jahrhunderts an den fast vergessenen Begriff eines sogenannten „Ultraimperialismus“ erinnern, wie ihn der alte sozialdemokratische Chefideologe Karl Kautsky zu Beginn des 20. Jahrhunderts in der Imperialismusdebatte mit Rosa Luxemburg und Lenin kreiert hatte. Aber die Analogie ist nur eine sehr oberflächliche. Kautsky schrieb 1914 in der „Neuen Zeit“: „Eine ökonomische Notwendigkeit für eine Fortsetzung des Wettrüstens nach dem Weltkrieg liegt nicht vor, auch nicht vom Standpunkt der Kapitalistenklasse selbst, sondern höchstens vom Standpunkt einiger Rüstungsinteressen. Umgekehrt wird gerade die kapitalistische Wirtschaft durch die Gegensätze ihrer Staaten aufs äußerste bedroht. Jeder weitersehende Kapitalist muss heute seinen Genossen zurufen: Kapitalisten aller Länder, vereinigt euch!... Natürlich, wäre die jetzige Politik des Imperialismus unerlässlich zur Fortführung der kapitalistischen Produktionsweise, dann vermöchten die eben erwähnten Faktoren keinen nachhaltigen Eindruck auf die herrschenden Klassen zu machen und sie nicht zu veranlassen, ihren imperialistischen Tendenzen eine andere Richtung zu geben. Wohl aber ist dies möglich dann, wenn der Imperialismus, das Streben jedes kapitalistischen Großstaates nach Ausdehnung des eigenen Kolonialreiches im Gegensatz zu den anderen Reichen dieser Art, nur eines unter verschiedenen Mitteln darstellt, die Ausdehnung des Kapitalismus zu fördern... Die wütende Konkurrenz der Riesenbetriebe, Riesenbanken und Milliardäre erzeugte den Kartellgedanken der großen Finanzmächte, die die kleinen schluckten. So kann auch jetzt aus dem Weltkrieg der imperialistischen Großmächte ein Zusammenschluss der stärksten unter ihnen hervorgehen, der ihrem Wettrüsten ein Ende macht. Vom rein ökonomischen Standpunkt ist es also nicht ausgeschlossen, dass der Kapitalismus noch eine neue Phase erlebt, die Übertragung der Kartellpolitik auf die äußere Politik, eine Phase des Ultra-

imperialismus, den wir natürlich ebenso energisch bekämpfen müssten wie den Imperialismus, dessen Gefahren aber in anderer Richtung lägen, nicht in der des Wett-
rüstens und der Gefährdung des Weltfriedens“ (Kautsky 1914, 920 f.).

Es ist offenkundig, dass Kautskys Argumentation zu seiner Zeit (und noch auf Jahrzehnte hinaus) völlig unzutreffend war, weil die Epoche der nationalimperialen Expansion sich damals keineswegs erschöpft hatte. Aber Kautsky ist bei näherem Hinsehen auch kein guter Prophet einer noch weit entfernten Zukunft. Zwar hat er (ähnlich wie bei Lenin abgelöst von jeder begrifflichen Durchdringung der übergreifenden kapitalistischen Gesellschaftsformen) die abstrakte Möglichkeit einer anderen, gesamtimperialen Konstellation durchaus richtig gesehen, aber eben gerade nicht unter dem Aspekt eines globalen gesellschaftlichen Zerfalls an den inneren Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise, sondern nur als „andere Mittel, die Ausdehnung des Kapitalismus zu fördern“. Denn Kautskys Position wird ganz und gar bestimmt durch den sozialdemokratischen Diskurs an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert, der offiziell die Krisen- und Zusammenbruchstheorie ad acta gelegt hatte und seine Hoffnungen auf eine weitere kapitalistische Entwicklungsfähigkeit setzte, die von der Arbeiterbewegung durch einen friedlich-parlamentarischen Übergang zum Staatssozialismus gekrönt werden sollte.

Wie bei Lenin ist auch bei Kautsky das Thema nicht die (damals „undenkbare“) Krise und Kritik der klassenübergreifenden gesellschaftlichen Formen, sondern der bloß soziologisch fundierte und politisch in Erscheinung tretende „Klassenwille“ zur „Ausbeutung“ einerseits und zu deren Überwindung andererseits. Im Gegensatz zu Lenin entwickelt er diese verkürzte Analyse aber nicht auf dem Boden der historisch aktuellen Tatsachen, also der wirklichen Konkurrenz nationalimperialer Ausdehnungsmächte, sondern als blamabel opportunistische Phantasmagorie. Es gehört schon eine Mischung aus Augenwischerei und Selbstbetrug dazu, ausgerechnet im Kanonendonner des beginnenden industriellen Weltkriegs eine friedliche Allianz des Gesamt- oder Ultraimperialismus zwecks gemeinsamer „Ausbeutung der Welt“ für die Zeit nach dem Weltkrieg zu postulieren, als gäbe es dessen Realität gar nicht oder diese wäre schon Geschichte geworden (eine typische Manier des demokratisch-reformistischen Rasonnements zu „gefährlichen“ Fragen bis heute).

Aber eben deshalb trifft Kautskys „Nostradamus-Vision“ eines demokratischen Sesselfurzers für den heutigen tatsächlichen „ideellen Gesamtimperialismus“ der NATO erst recht nicht zu. Denn erstens geht es dabei gar nicht mehr um eine gemütliche „gemeinsame Ausbeutung“ bislang noch kapitalistisch unerschlossener Weltregionen, sondern vielmehr um das Problem einer sich voranfressenden Weltkrise, die gerade dadurch bestimmt ist, dass der Kapitalismus des Zentrums auf der erreichten Höhe seines eigenen Produktivitäts- und Rentabilitätsstandards zunehmend „ausbeutungsunfähig“ wird und der Weltmarkt wachsende Zonen einer ökonomisch „verbrannten Erde“ zurücklässt, die ihre kapitalistische Erschließungsfähigkeit schon hinter sich haben.

Und zweitens ist gerade deswegen die NATO auch eine ganz und gar unfriedliche Allianz des Gesamtimperialismus, weil sie alle Hände voll zu tun hat, auf die politisch-militärischen, barbarisierenden Folgen der unbewältigbaren Krise einzudreschen. So entspricht es zwar den Tatsachen, dass es 80 Jahre nach Kautskys These keinen innerimperialistischen Konflikt nach dem Muster des Ersten Weltkriegs mehr gibt, aber der widersprüchliche supranationale Charakter der NATO fußt auf ganz anderen Entwicklungen, als sie Kautsky vorgeschwebt hatten; und so handelt es sich eben nicht um eine parlamentarisch transformationsfähige kapitalistische Friedensära, sondern um einen barbarischen Weltordnungskrieg ohne jede zivilisatorische Perspektive. Die Analogie von Kautskys Konstrukt des „Ultraimperialismus“ und des wirklichen „ideellen Gesamtimperialismus“ der NATO ist eine ganz äußerliche und un-wahre.

Dass es im 21. Jahrhundert keine Neuauflage der früheren nationalimperialen territorialen Einflusskämpfe um die Welthegemonie geben wird, dafür sprechen allerdings nicht nur die ökonomischen und politisch-militärischen Fakten im Kontext von Pax Americana und Globalisierung. Auch die kulturelle und ideologische Entwicklung lässt nicht im geringsten erkennen, dass die alten Mächte der Weltkriegsepoche demnächst zur dritten Runde antreten werden und die NATO bloß eine vorübergehende Erscheinung in der Epoche des kalten Krieges gewesen sein könnte.

Bei einer weltpolitischen Konfliktkonstellation müssen die beteiligten Gesellschaften ja nicht nur politisch-ökonomisch und militärisch, sondern auch kulturell und ideologisch formiert und vorbereitet werden. Man muss sich nur einmal ansehen, mit welchem ungeheuren Aufwand und historisch weitem Ausgreifen die jeweiligen Feindbilder sowohl in der Weltkriegsepoche zwischen 1870 und 1945 als auch in der bipolaren Nachkriegskonstellation zwischen 1945 und 1989 aufgebaut und kultiviert wurden. Das „perfide Albion“, der französische „Erbfeind“ und umgekehrt die deutschen „Hunnen“ usw. oder später das „totalitäre Reich des Bösen“ im Osten erfuhren eine nicht bloß propagandistische, sondern auch künstlerische, volks- und popkulturelle Pflege und Ausmalung bis in den Alltag hinein. Dafür wurden alle medialen Register gezogen, vom akademischen Disput bis zum Kinderbuch, von der Denkmalpflege bis zur patriotischen Lyrik. Nichts dergleichen lässt sich heute über einen systematischen Aufbau von neuen und wechselseitigen innerimperialistischen Feindbildern sagen. Sogar der traditionelle europäische Antiamerikanismus ist nicht nur marginal, sondern selber schon „amerikanisiert“.

Das heißt keineswegs, dass nicht nationalistische, antisemitische, „volksgemeinschaftliche“, rassistische usw. kulturelle und ideologische Muster wiederkehren und in den Krisenprozessen der Globalisierung verstärkt abgerufen würden. Aber im Unterschied zur Weltkriegsepoche stehen diese Muster nicht im Kontext einer nationalimperialen Formierung für den Vernichtungskampf der kapitalistischen Großmächte untereinander um „geostrategische Großräume“. Schon das Feindbild des sowjeti-

schen „Reichs des Bösen“ war auf einer anderen Ebene herausgebildet worden; es reflektierte nicht mehr die Konkurrenz der nationalimperialen Staaten des westlichen industriekapitalistischen Zentrums untereinander, sondern die Konkurrenz des Zentrums als Ganzem mit den historischen Nachzüglern der Peripherie und deren innerkapitalistischem „Gegensystem“.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Ende des Kalten Kriegs kehren nicht die vorherigen alten Feindbilder zurück, sondern es wird ein neues, wesentlich diffuseres Feindbild aufgebaut, das überhaupt nicht mehr in erster Linie von irgendeiner in imperiale Politik verlängerten Konkurrenz innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise bestimmt ist (dies galt nur für deren historischen Aufstiegsprozess), sondern unmittelbar von den Zerfallserscheinungen in der kapitalistischen Weltkrise: Diese sollen ideologisch veräußerlicht und personifiziert werden, um den Charakter der Krisenerscheinungen im Dunkeln zu lassen und ihre Ursachen zu verschleiern.

DIE REALEN GESPENSTER DER WELTKRISE

Natürlich will die demokratisch-kapitalistische Ideologie nicht wahrhaben, dass es sich beim neuen Weltfeind um das globale Zersetzungsprodukt des eigenen Systems handelt. Deshalb ist die offizielle Bestimmung der Lage auch bar jeder realistischen Analyse. Stattdessen wimmelt es beim Versuch, das Ziel zu identifizieren, wie in einem Kaleidoskop nur so von seltsamen Regimes, anachronistischen Clans, Terrorgruppen, fundamentalistischen Bewegungen, sogenannten „Schurkenstaaten“ usw. Die Generalbösewichte und jeweiligen Feinde Nr. 1, die undemokratischen Monster und Schlächtergestalten lösen einander in rascher Folge ab, ohne dass sich jemals ein klares Bild des Feindes herausbilden würde. Vom Standpunkt des kapitalistischen Weltsystems aus gibt es einfach keinen Begriff dafür.

Was sich feststellen lässt, ist eine gewisse Abstufung in den unklaren weltdemokratischen Feindbildern und in der Vorgehensweise. Im Falle des Irak und seines Diktators Saddam Hussein handelt es sich einerseits in gewisser Weise um ein Relikt des kalten Krieges und seiner „heißen“ Stellvertreterkriege, da der Irak wie viele Staaten der Dritten Welt zwischen den beiden Machtblöcken laviert und in deren Schatten sein weltregionales Aufrüstungssüppchen gekocht hatte. Andererseits war diese Aufrüstung des Irak auch bereits durch die neue Konstellation der Weltkrise nach dem Epochenbruch bestimmt, insofern es ironischerweise der Westen selbst war, der die Waffenarsenale für den blutigen irakischen Golfkrieg der 80er Jahre gegen das benachbarte Mullah-Regime des Iran geliefert hatte.

Saddam Hussein, ursprünglich im Kalten Krieg von der Sowjetunion protegiert, war in den 80er Jahren (wie verwandte Diktatoren-Gestalten der Peripherie sowohl vorher als auch nachher) zum Monster-Baby der westlichen Weltdemokraten selber mutiert, das sie aufgepäppelt hatten, um es in eine neue Art von Stellvertreter-Krieg gegen den damaligen iranischen „Schurkenstaat“ Nr. 1 zu schicken. Diese Option wurde mit großem Aufwand wieder revidiert und der Westen musste die von ihm selber gelieferten zweitklassigen und veralteten Waffensysteme zusammenschießen, was nicht gerade für ein schlüssiges Konzept der Weltordnungskrieger spricht.

Um das eigentliche Problem verstehen zu können, ist es notwendig, das zu tun, was die westlich-demokratischen Ideologen des Weltordnungskriegs um jeden Preis zu vermeiden suchen: nämlich die schwankenden Definitionen der „Weltfeinde“ auf den wirklichen Prozess der kapitalistischen Weltkrise zu beziehen, aus deren Verlauf erst auf die Entwicklung des Feindbildes geschlossen werden kann. Bei dieser Betrachtung stellt sich die Konstellation des Kriegs gegen den Irak Anfang der 90er Jahre als ein Übergangsphänomen heraus.

Krisenpotentaten und neue Bürgerkriege

Kann der erste demokratische Weltordnungskrieg gegen den Irak zumindest teilweise noch als Überhangproblem des Kalten Kriegs nach dem Epochenbruch verstanden werden, so war der zweite Weltordnungskrieg gegen Restjugoslawien schon viel stärker von den Folgen der neuen Weltkrise bestimmt. Im Unterschied zu Saddam Hussein, der vor den Sanktionen noch aus dem Vollen des Ölreichtums schöpfen konnte, war die neue Unperson Milosevic kein übrig gebliebener Diktator aus der Epoche des Kalten Krieges, sondern bereits ein typischer Krisenpotentat, hervorgegangen aus dem Zusammenbruch der vom Weltmarkt zermalmt jugoslawischen Nationalökonomie. Insofern verweist die jugoslawische Krise auf eine andere, höhere Qualität des Weltordnungskriegs; denn auf dem Balkan geht es nicht mehr um die Zähmung einer dysfunktional gewordenen Diktatur alten Zuschnitts, sondern um die Intervention gegen die politisch-militärischen Konsequenzen ökonomischer Zusammenbruchsprozesse.

Aber auch der Typus des Krisenpotentaten, wie ihn Milosevic repräsentierte, ist noch nicht die letzte Stufe in der Phänomenologie politisch-ökonomischer Zerfallsformen. Dort, wo dieser vom Weltkapitalismus induzierte Zerfall bereits auf der substaatlichen Ebene angekommen ist, löst sich das demokratische Feindbild endgültig in Irrationalität auf. Die fast schon mythische Figur eines Osama bin Laden etwa lässt erkennen, dass die Begriffslosigkeit der sterbenden bürgerlichen Politik nach Bildern und Imaginationen sucht, um dem für sie Unbenennbaren eine Art Gesicht zu geben, in das man schlagen kann. Mafia, Räuberbanden, Gotteskrieger, verborgene Fürsten des Terrors: Was in der zerbrechenden Welt der fruchtlosen Weltordnungskriege nach dem Typus Milosevic kommt, liegt bereits jenseits des modernen politisch-militärischen Konflikts, wie er zumindest der äußeren Form nach mit dem irakischen oder restjugoslawischen Regime noch ausgetragen werden konnte.

In allen Fällen aber handelt es sich bei den ursprünglichen, dem jeweiligen Unruheherd zugrunde liegenden Konflikten um ebenso mörderische wie scheinbar atavistische Bürgerkriege, die sich also weniger nach außen als nach innen richten – wobei das „Innen“ eine mehr oder weniger marode oder bereits zerstörte Nationalökonomie